

## Weltwoche etc. 2023-16 - zusammengestellt von H. Pöltelt - Teil 1

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wiederum hatte ich die Qual der (Aus-) Wahl angesichts der Informationen, die uns überfluten. Ich hoffe, ein "glückliches Händchen" dabei gehabt zu haben.

Alljährlich treffen sich die staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Eliten der Welt im idyllisch gelegenen Schweizer Kur- und Wintersportort Davos zum Weltwirtschaftsforum. Dort propagieren sie den Great Reset und wie danach unsere Welt im Jahr 2030 aussehen soll. Was das konkret für die Menschen, die Gesellschaft und die Wirtschaft bedeutet, wird wohlwissend im Nebulösen gehalten. Prof. Antony P. Mueller vom Ludwig von Mises Institut Deutschland lüftet den Nebelschleier etwas und konfrontiert uns mit der Frage, ob wir das wirklich wollen. Von unseren Politikern ist Aufklärung nicht zu erwarten.

Zum orthodoxen Osterfest am 16. April besuchte Putin russische Militäreinheiten in der Ukraine. Es wird gleichermaßen in Russland und in der Ukraine begangen. Über wenig bekannte historische Hintergründe des Festes informiert uns der freie Züricher Journalist Marcel Bühler.

Der Nahe Osten ist in Bewegung geraten. Die Machtachsen verschieben sich. Die Folgen dürften weltweit spürbar sein.

Der Rüstungskonzern Rheinmetall entwickelte ein neues Konzept "Drohnen aus der Drohne" für Kampfeinsätze aus der Luft. Damit würden erstmals auch bewaffnete Drohnen in Deutschland gebaut.

Die Klimaapostel der Letzten Generation kündigten an, die Bundesregierung zunächst mit Protesten im Regierungsviertel «zum Aufbruch» bewegen zu wollen und dann ab dem 24. April die Hauptstadt mit Blockaden «friedlich(??) zum Stillstand zu bringen» – auf unbestimmte Zeit. Wie lange will die Polizei die Demontage von Sicherheit und Ordnung im Staate durch sogenannte "Aktivisten" noch dulden?

Der Bestseller-Autor Matthias Weik skizziert in seinem neuen Buch den Abstieg des einstigen Exportweltmeisters. Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig. Was können Sie tun, um sich für eine unruhige Zukunft zu wappnen.

Die Geständnisse von Merkel und Hollande bezüglich der Minsker Abkommen werden im Westen behandelt wie eine kleine Unanständigkeit. In Wirklichkeit ermöglichen sie einen Blick in einen Abgrund aus Hybris und wahnhaften Plänen. Für Merkel waren das keine Hinderungsgründe zur Verleihung der höchsten Auszeichnung der Bundesrepublik.

Gabor Steingart stellt zusammenfassend zehn Fakten zur Migration vor, die viele Bürger landauf landab zu Recht beunruhigen.

Der Ukraine-Krieg hat auch Folgen im Kaukasus. Dort entflammt ein jahrzehntealter Konflikt neu. Während Russlands Militärkräfte im Donbass gebunden sind, stößt Aserbaidschan in Armenien vor.

Putin verteidigt sein Land und sein Volk. Der Geopolitik-Experte Pierre de Gaulle, Enkel von General Charles de Gaulle klagt an: Die USA und Europa hätten Russland in einen Krieg gezwungen, den sie nicht gewinnen könnten. Die Zeit spiele für Wladimir Putin.

Seymour Hersh beschreibt den Handel mit dem Feind in der Ukraine. In Kiew grassiert die Korruption. Trotzdem pumpt Amerika Milliarden in den Konflikt. US-Truppen versammeln sich an der ukrainischen Grenze. Plant Biden ein Endspiel?

Marx wäre heute konservativ. Die heutigen Linken verraten die Ideen ihres Idols.

Die Gewaltbereitschaft linksextremer Gruppierungen ist enorm. Vielen Politiker scheint es egal zu sein. [Christoph Mörgeli](#) findet die Linke unheimlich.

Mit freundlichen Grüßen und dem Wunsch, dass es endlich richtiger Frühling werde  
Dr. Helmut Pöltelt

## Inhaltsverzeichnis

S.2 **KEINE PRIVATSPHÄRE, KEIN EIGENTUM: DIE WELT IM JAHR 2030** - Ludwig von Mises Institut Deutschland, 29. August 2022, von Antony P. Mueller

S.5 **Eine Abbitte zu viel** - Die deutschen Medien dreschen auf Mathias Döpfner ein. Der mächtige Springer-Chef gibt klein bei - von Kurt W. Zimmerman

S.8 Die «Zeit» hat sich blamiert - NZZ, 17.04.2023, von Marco Felix Serrao

S.10 **Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig**, 18.04.2023 von NICOLAS DVORAK

S.17 **Marx wäre heute konservativ** Die heutigen Linken verraten die Ideen ihres Idols - von Elena Louisa Lange

S.19 **Die Letzte Generation will Berlin lahmlegen** NZZ, 18.04.2023

S.20 **Unheimliche Linke** - Die Gewaltbereitschaft linksextremer Gruppierungen ist enorm. Vielen Politiker scheint es egal zu sein - von Christoph Mörgeli

S.22 **Zehn Fakten zur Migration, die viele Bürger zu Recht beunruhigen**

Von Gabor Steingart, 19.04.2023

## KEINE PRIVATSPHÄRE, KEIN EIGENTUM: DIE WELT IM JAHR 2030

Ludwig von Mises Institut Deutschland, 29. August 2022, von Antony P. Mueller



Das Weltwirtschaftsforum (WEF) wurde 1971 vor 51 Jahren gegründet. Es hat im Laufe der Jahrzehnte immer mehr an Bedeutung gewonnen und ist zu einer Plattform für futuristisches Denken und Planen geworden. Als Treffpunkt der globalen Elite bringt das WEF die führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik sowie einige wenige ausgewählte Intellektuelle zusammen. Analysiert man die sogenannten „Projektionen“ des Forums, scheint seine Hauptstoßrichtung die globale ökologische, politische und ökonomische Kontrolle zu sein. Freie Märkte und individuelle Wahlmöglichkeiten werden staatlichem Interventionismus und Kollektivismus untergeordnet. Die individuelle Freiheit und das Privateigentum sollen nach den Projektionen und Szenarien des Weltwirtschaftsforums bis 2030 quasi von diesem Planeten verschwinden.

Antony P. Mueller

### Acht Vorhersagen

Die Freiheit des Einzelnen ist wieder in großer Gefahr. Was vor uns liegen soll, wurde im November 2016 prognostiziert, als das [WEF „8 Predictions for the World in 2030“](#) veröffentlichte. Nach dem Szenario des WEF wird die Welt in Zukunft ein anderer Ort werden, weil sich die Art und Weise, wie die Menschen arbeiten und leben, tiefgreifend verändern wird. Das Szenario für die Welt im Jahr 2030 ist mehr als nur eine Prognose. Es ist ein Plan, dessen Umsetzung sich seit den globalen staatlichen Zwangsmaßnahmen, die mit Corona begründet wurden, und der daraus resultierenden Abschottung drastisch beschleunigt hat.

Nach den „Projektionen“ der „Global Future Councils“ des WEF werden Privateigentum und Privatsphäre im Laufe des nächsten Jahrzehnts abgeschafft werden. Die kommenden Enteignungen werden weiter ausgreifen als selbst die kommunistische Forderung. Die Kommunisten wollen das

Eigentum an Produktionsgütern abschaffen, aber Raum für Privateigentum zulassen. Die WEF-Projektion hingegen besagt, dass auch Konsumgüter nicht länger Privateigentum sein würden.



Sollte sich die WEF-Projektion bewahrheiten, müssten die Menschen ihre Notwendigkeiten letztendlich vom Staat mieten und leihen oder von hybrid-staatlichen Unternehmungen, die mit dem Slogan Public-Private-Partnership beworben werden, also einer Kombination aus dem Gewaltmonopol des Staates und unternehmerischer Gewinnabsicht. Der Staat und die hybrid-staatlichen Konzerne wären dann letztlich die alleinigen Eigentümer aller Güter wäre. Das Warenangebot würde nach einem Sozialkreditpunktesystem rationiert. Das Einkaufen im traditionellen Sinne würde verschwinden. Jede persönliche Bewegung könnte elektronisch nachgezeichnet werden, und die gesamte Produktion würde den Anforderungen an „saubere Energie“ und eine „nachhaltige Umwelt“ unterliegen.

Um eine „nachhaltige Landwirtschaft“ zu erreichen, soll die Lebensmittelversorgung hauptsächlich vegetarisch oder vegan sein. In der neuen totalitären „Dienstleistungswirtschaft“ wird die Regierung für

grundlegende Unterbringung, Verpflegung und Transport sorgen, während der Rest ausgeliehen werden muss entweder vom Staat oder von mit ihm verbundenen Konzernen (Stichwort Public Private Partnership). Die Nutzung der natürlichen Ressourcen wird auf ein Minimum reduziert werden. In Zusammenarbeit mit wenigen Schlüsselländern würde eine globale Agentur den Preis der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf hohem Niveau festsetzen, um von deren Nutzung abzuschrecken.

In einem Werbevideo fasst das Weltwirtschaftsforum die acht Vorhersagen in den folgenden Aussagen zusammen:

- 1. Die Menschen werden nichts besitzen.** Güter sind entweder kostenlos oder müssen geliehen werden.
- 2. Die Vereinigten Staaten werden nicht mehr die führende Supermacht sein. Die Welt wird von einer kleinen Gruppe von Ländern beherrscht.**
- 3. Organe werden nicht verpflanzt, sondern 3D gedruckt.**
- 4. Der Fleischkonsum wird minimiert.**
- 5. Es wird zu einer massiven Migration von Menschen kommen mit enormen Flüchtlingsbewegungen.**
- 6. Um den Ausstoß von Kohlendioxid zu begrenzen, wird ein globaler Preis auf einem hohen Niveau festgesetzt.**
- 7. Die Menschen können sich darauf vorbereiten, zum Mars zu fliegen und eine Reise zu beginnen, um außerirdisches Leben zu finden.**
- 8. Westliche Werte werden bis zum Äußersten getestet.**

### **Jenseits von Privatsphäre und Eigentum**

In einer Veröffentlichung für das Weltwirtschaftsforum hat die dänische Ökoaktivistin [Ida Auken](#), die von 2011 bis 2014 Umweltministerin ihres Landes war und immer noch Mitglied des dänischen Parlaments (Folketing) ist, ein Szenario einer Welt ohne Privatsphäre und Eigentum ausgearbeitet. In [„Willkommen im Jahr 2030“](#) stellt sie sich eine Welt vor, in der „ich nichts besitze, keine Privatsphäre habe und das Leben nie besser war“. Im Jahr 2030, so sagt ihr Szenario, seien Einkaufen und Besitzen obsolet geworden, denn alles, was einmal ein Produkt war, ist jetzt eine Dienstleistung.

In dieser idyllischen neuen Welt haben die Menschen freien Zugang zu Transport, Unterkunft, Nahrung und „all den Dingen, die wir in unserem täglichen Leben brauchen“. Da diese Dinge künftig kostenlos sein werden, „macht es schließlich keinen Sinn mehr, viel zu besitzen“. Es gäbe kein Privateigentum an Häusern, und niemand würde Miete zahlen, „weil jemand anders unseren Freiraum nutzt, wenn wir ihn nicht brauchen“. Das Wohnzimmer einer Person wird zum Beispiel für geschäftliche Besprechungen genutzt, wenn man abwesend ist. Sorgen wie „Lebensstil-Krankheiten, Klimawandel, die Flüchtlingskrise, Umweltzerstörung, völlig überfüllte Städte, Wasserverschmutzung, Luftverschmutzung, soziale Unruhen und Arbeitslosigkeit“ gehören der Vergangenheit an. Die Autorin

prognostiziert, dass die Menschen glücklich sein werden, ein so gutes Leben zu genießen, das so viel besser ist „als der Weg, auf dem wir uns befanden und der so klar gemacht hatte, dass wir nicht mit dem gleichen Wachstumsmodell weitermachen konnten“.

## **Ökologisches Paradies**

In ihrem Beitrag [zur Jahrestagung der Globalen Zukunftsrate des Weltwirtschaftsforums](#) 2019 sagt Ida Auken voraus, wie die Welt in Zukunft aussehen könnte, [„wenn wir den Krieg gegen den Klimawandel gewinnen“](#). Bis 2030, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen stark reduziert sein werden, werden die Menschen in einer Welt leben, in der Fleisch auf dem Teller „ein seltener Anblick“ sein wird, während Wasser und Luft viel sauberer sein werden als heute. Durch die Verlagerung vom Kauf von Waren hin zur Nutzung von Dienstleistungen wird die Notwendigkeit, Geld zu haben, verschwinden, weil die Menschen immer weniger für Waren ausgeben werden. Die Arbeitszeit wird verringert, und die Freizeit wird zunehmen.

Für die Zukunft stellt sich Auken eine Stadt vor, in der Elektroautos herkömmliche Verbrennungsfahrzeuge ersetzt haben. Die meisten Straßen und Parkplätze werden zu grünen Parks und Zonen für Fußgänger geworden sein. Bis 2030 wird die Landwirtschaft anstelle von Fleisch- und Milchprodukten hauptsächlich pflanzliche Alternativen zur Lebensmittelversorgung bieten. Der Flächenverbrauch für die Produktion von Tierfutter wird stark zurückgehen und die Natur wird sich wieder über den Globus ausbreiten.

## **Soziale Zustimmung herstellen**

Der Köder, um die Massen anzulocken, sind die Zusicherungen einer umfassenden Gesundheitsversorgung und eines garantierten Grundeinkommens.

Wie können die Menschen dazu gebracht werden, ein solches System zu akzeptieren? Der Köder, um die Massen anzulocken, sind die Zusicherungen einer umfassenden Gesundheitsversorgung und eines garantierten Grundeinkommens. Die Befürworter des „Great Reset“ versprechen eine Welt ohne Krankheiten. Dank biotechnologisch hergestellter Organe und individualisierter, auf Genetik basierender medizinischer Behandlungen sollen eine drastisch erhöhte Lebenserwartung und [sogar Unsterblichkeit](#) möglich sein. [Künstliche Intelligenz](#) wird den Tod ausmerzen und [Krankheit und Sterblichkeit beseitigen](#). Der Wettlauf unter den Biotechnologie-Unternehmen um den [Schlüssel zum ewigen Leben](#) geht weiter.

Zusammen mit dem Versprechen, jeden gewöhnlichen Menschen in einen gottgleichen Übermenschen zu verwandeln, scheint das Versprechen eines „universellen Grundeinkommens“ höchst attraktiv ... insbesondere für diejenigen, die in der neuen digitalen Wirtschaft keine Arbeit mehr finden werden. Ein Grundeinkommen zu erhalten, ohne der Scham und den bürokratischen Hindernissen der Beantragung von Sozialhilfe ausgesetzt zu sein, wird als Köder benutzt, um die Unterstützung der Armen und Arbeitslosen zu bekommen.

Die technischen Verfahren des Geldtransfers vom Staat würden gleichzeitig genutzt werden, um die bargeldlose Gesellschaft einzuführen.

Um es wirtschaftlich tragfähig zu machen, würde die Garantie eines Grundeinkommens [die Angleichung der Lohnunterschiede erfordern](#). Die technischen Verfahren des Geldtransfers vom Staat würden gleichzeitig genutzt werden, um die bargeldlose Gesellschaft einzuführen. Mit der Digitalisierung des gesamten Geldverkehrs wird jeder einzelne Kauf registriert. Damit hätten die staatlichen Behörden uneingeschränkten Zugang, um im Detail zu überwachen, wie die einzelnen Personen ihr Geld ausgeben. Ein universelles Grundeinkommen in einer bargeldlosen Gesellschaft würde die Voraussetzungen für die Einführung eines Sozialkreditsystems schaffen und den Mechanismus liefern, unerwünschtes Verhalten zu sanktionieren und das [Überflüssige und Unerwünschte](#) zu identifizieren.

## **Wer werden die Herrscher sein?**

Das Weltwirtschaftsforum schweigt zu der Frage, wer in dieser neuen Welt regieren wird. Sollen es etwa die Menschen sein, die sich im WEF vereinigt haben?

Wie dem auch sei, es gibt keinen Grund zu erwarten, dass die neuen Machthaber wohlwollend sein werden. Doch selbst wenn die Top-Entscheidungsträger der neuen Weltregierung nicht gemein, sondern nur Technokraten wären, welchen Grund hätte eine Verwaltungstechnokratie, die [„Unerwünschten“](#) ebenso zu versorgen oder sie gar protestieren zu lassen gegen ein erzwungenes

Schlaraffenland, in dem sich alle wohlfühlen haben? Welchen Sinn hat es für eine technokratische Elite, den einfachen Mann in einen Übermenschen zu verwandeln? Warum die Vorteile der künstlichen Intelligenz mit der Masse teilen und den Reichtum nicht den wenigen Auserwählten vorenthalten?

Wer sich nicht von den utopischen Versprechungen verführen lässt, könnte in einer nüchternen Einschätzung der Pläne zu dem Schluss kommen, dass es in dieser neuen Welt unter Umständen keinen Platz mehr für einen heutigen Durchschnittsmenschen gibt und dass dieser zusammen mit den „nicht Beschäftigungswilligen oder -fähigen“, „Schwachsinnigen“ und „erblich Kranken“ ausgegrenzt, unterversorgt und in Folge quasi „weggeschafft“ würde. Hinter der Verkündung des progressiven Evangeliums der sozialen Gerechtigkeit durch die Förderer des [Großen Resets](#) und der Errichtung einer [neuen Weltordnung](#) verbirgt sich das finstere Projekt der [Eugenik](#), das als Technik heute „[Gentechnik](#)“ genannt wird und als Bewegung „[Transhumanismus](#)“ genannt wird, so wie dieser Begriff von [Julian Huxley](#), dem ersten Direktor der [UNESCO](#), geprägt wurde.

### **Die Schaffung einer besseren Welt durch eine Diktatur ist ein Widerspruch in sich.**

Die Projektträger schweigen darüber, wer die Herrscher in dieser neuen Welt sein werden. Die dystopische und kollektivistische Natur dieser Projektionen und Pläne ist das Ergebnis der Ablehnung des freien Kapitalismus. Die Schaffung einer besseren Welt durch eine Diktatur ist ein Widerspruch in sich. Nicht weniger, sondern mehr wirtschaftlicher Wohlstand ist die Antwort auf die aktuellen Probleme. Deshalb brauchen wir mehr freie Märkte und weniger staatliche Planung. Die Welt wird bereits [grüner](#), und der [Rückgang der Wachstumsrate](#) der Weltbevölkerung ist ebenfalls bereits im Gange. Diese Trends sind die natürliche Folge der Schaffung von Wohlstand durch freie Märkte.

### **Schlussfolgerung**

**Das Weltwirtschaftsforum und die mit ihm verbundenen Institutionen, NGOs und hybrid-staatlichen Großkonzerne wollen zusammen mit einer Handvoll Regierungen und einigen wenigen High-Tech-Unternehmen die Welt in eine neue Ära ohne Eigentum und Privatsphäre führen.**

Werte wie Individualismus, Freiheit und das individuelle Streben nach Glück stehen auf dem Spiel, die zugunsten des Kollektivismus und dem Diktat eines „Gemeinwohls“ abgelehnt werden sollen, das von der selbsternannten Elite der Technokraten definiert wird. Was der Öffentlichkeit als das Versprechen von Gleichheit und ökologischer Nachhaltigkeit verkauft wird, ist in Wirklichkeit ein Angriff auf die Menschenwürde und -freiheit. Anstatt die neuen Technologien als Instrument der Besserung zu nutzen, versuchen die Befürworter des Great Reset, die technologischen Möglichkeiten als Werkzeug der Vernechtung einzusetzen. In dieser „neuen Weltordnung“ sind der Staat und seine mächtigen Partner die alleinigen Eigentümer von allem. Es bleibt unserer Vorstellungskraft überlassen, herauszufinden, wer die Algorithmen programmiert, die die Verteilung der Güter und Dienstleistungen regeln.

*Dieser Text wurde ursprünglich am 1. März 2021 auf der Homepage des Ludwig von Mises Institut Deutschland veröffentlicht und später editiert.*

**Professor Dr. Antony P. Mueller ist habilitierter Wirtschaftswissenschaftler der Universität Erlangen-Nürnberg und Professor der Volkswirtschaftslehre an der brasilianischen Bundesuniversität UFS ([www.ufs.br](http://www.ufs.br)). Vor kurzem erschien sein Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Anarchie: Chancen einer Gesellschaftsordnung jenseits von Staat und Politik“. Kontakt: [antonymueller@gmail.com](mailto:antonymueller@gmail.com)**

xxx

### **Eine Abbitte zu viel - von Kurt W. Zimmerman**

Die deutschen Medien dreschen auf Mathias Döpfner ein. Der mächtige Springer-Chef gibt klein bei.

Am fürchterlichsten aufgeregt haben sie sich über seine spitzen Bemerkungen über die Ostdeutschen. So schrieb er etwa über sie: «**Die Osis werden nie Demokraten.**»



Dann wurde er noch etwas provokanter: **«Die Ossis sind entweder Kommunisten oder Faschisten. Dazwischen tun sie es nicht.»**

Die beiden Zitate stammen aus SMS-Nachrichten, Chats und Mails von Mathias Döpfner, dem Vorstandsvorsitzenden und Miteigentümer der Axel-Springer-Mediengruppe. Ihre wichtigsten Publikationen sind die Verlagsgruppen von *Bild* und *Welt* in Berlin und die News-Plattform *Politico* in den USA.

Döpfners Spitzen gegen die Ossis, als sie vergangene Woche ruchbar wurden, eskalierten in Deutschland natürlich sofort zu einem Fall nahe bei Landesverrat.

Zuvorderst stand dabei die *Zeit*, welche unzählige private Internet-Messages von Döpfner öffentlich machte. Dutzende von Döpfners privaten Mitteilungen, oft vom Handy gesendet, waren dem Blatt zugespielt worden.

### **Gesinnungsfreunde springen auf**

Die *Zeit* nutzte den Fund mit Begeisterung. Ebenso skandalös wie Döpfners Misstrauen gegenüber den Ostdeutschen fand die *Zeit* seine Unterstützung der bürgerlichen Partei FDP. Empört publizierte das Blatt eine Nachricht Döpfners an den damaligen *Bild*-Chefredaktor Julian Reichelt, in der er bat: *«Please, stärke die FDP.»* Das zeige, schäumte die *Zeit*-Redaktion, *«wie Springer-Chef Mathias Döpfner denkt – und wie er mit Bild Politik macht»*.

Dass man selber selbstverständlich auch Politik macht, war natürlich kein Thema. Stattdessen setzte sich die *Zeit* in ihrem Kampfeifer gegen den bürgerlichen Döpfner über die letzten Reste von Respekt vor der Intimsphäre hinweg, die es zuvor im deutschsprachigen Journalismus noch gegeben hatte. Das Briefgeheimnis, der Schutz der privaten Korrespondenz, das seit 1950 in der Menschenrechtskonvention verankert ist, war für sie nur noch ein Witz. Der linke Zweck heiligt die Mittel. Logischerweise sprangen die Gesinnungsfreunde in den Medien sofort auf die *Zeit*-Schiene auf und holten Döpfner so richtig vom Podest. *«Der allerschönste Grössenwahn»* titelte die *Süddeutsche Zeitung* zu Döpfner. Ein *«Monster»* war er für die *Tageszeitung*. *«Doktor Döpfners Abgründe»* erkannte der *Spiegel* und attestierte ihm *«ein Spatzenhirn»*. Die *«Tagesschau»* machte Döpfner zur Story des Tages, ungleich gewichtiger als die News vom Ukraine-Krieg. *«Döpfner, das Doppel-D»*, erregte sich auch die liberale *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in Anspielung auf die überdimensionierte Körbchengrösse DD. Da wollte auch die Deutschland-Ausgabe der ansonsten nüchternen *NZZ* nicht zurückstehen. Sie beschrieb den Springer-Vormann als *«schrillen Charakter»* und *«Unruheherd»*. Woher also kommt diese Aversion der Journaille gegen Springers Mathias Döpfner? Es hat primär einen materiellen und einen intellektuellen Grund.

Döpfner begann seine Karriere als gewöhnlicher Kulturjournalist und Musikkritiker. Über die Jahre arbeitete er sich zum Chefredaktor der *Hamburger Morgenpost* und der *Welt* empor. Im Jahr 2000 wechselte er ins Management des Axel-Springer-Verlags, wo er zwei Jahre später Vorstandsvorsitzender wurde.

Und er wurde noch viel mehr. Vor drei Jahren schenkte ihm Friede Springer, die Witwe von Firmengründer Axel Springer, 20 Prozent der Firmenaktien. Seitdem beläuft sich das Vermögen von Döpfner auf rund eine Milliarde Euro. Als kleinen Zustupf verdient er dazu rund zehn Millionen an jährlichem Gehalt, eines der höchsten Managersaläre Deutschlands.

Döpfner ist damit so etwas wie die negative Projektionsfläche der deutschen Journalisten. Auch sie haben als gewöhnliche Journalisten begonnen, sind aber dann zeitlebens gewöhnliche Journalisten geblieben. Als Redaktor selbst bei renommierten Blättern wie *Spiegel*, *Süddeutsche* oder *Stern* kommt man heute auf ein Nettogehalt von vielleicht 60 000 Euro im Jahr. Die Aufstiegsrakete Döpfner sammelte in diesem Umfeld nicht allzu viele Sympathiepunkte.

Noch weniger beliebt machte er sich durch seine politische Eigenwilligkeit. Die deutsche Medienlandschaft, anders als in der Schweiz oder in Österreich, ist ja von erstaunlicher Gleichförmigkeit. Die grossen Blätter und die öffentlichen Sender von ARD und ZDF marschieren zumeist in geschlossenem Gleichschritt. Vereint hielten sie Angela Merkel hoch, so wie sie nun der Ampelkoalition applaudieren, bei Corona bejubelten sie selbst die absurdesten Kontaktverbote, Energiewende und Atomausstieg propagieren sie bis heute bemerkenswert kritiklos, die wachsende Kriminalität als Folge der Migrationspolitik wird kleingeredet, der Niedergang des Industriestandorts

Deutschland stärker beklatscht als beklagt. Kurzum, Regierungskritik ist in den deutschen Medien keine populäre Disziplin.

Döpfner und seine *Bild*- und *Welt*-Redaktionen gaben als einzige publizistische Macht hier kräftig Gegensteuer, 2015 noch sang zwar auch die *Bild*-Zeitung kräftig mit im Kirchenchor der Willkommenskultur. Zunehmend schwenkte sie dann um. Wenn es heute in Deutschland zu den wachsenden Verbrechen muslimischer Einwanderer kommt, titelt *Bild* ohne Umschweife: «Afghane vergewaltigt Schülerin». In den anderen Blättern gilt das dann als «Hetze».

Während Corona ging der Springer-Verlag genauso auf Gegenkurs. Deutschland verhängte die härtesten Freiheitsbeschränkungen in Europa. Die Mainstream-Medien fanden das unausweichlich, *Bild* hingegen schrieb von «Corona-Irrsinn» und «Corona-Wahnsinn».

**Zuletzt legte man sich mit dem von der Restpresse verehrten Robert Habeck von den Grünen an.**

«Ein Krawallblatt», kritisierte die *Zeit* den Abweichler von Springer. «Cholerischen Kampagnenjournalismus» erkannte der *Spiegel* beim Abweichler.

Zuletzt legte sich das Haus Springer mit dem von der Restpresse verehrten Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen an. Seine Pläne zum Verbot von Öl- und Gasheizungen wurden in der Luft zerrissen. «Habeck ist ein gefährlicher Traumtänzer!», kommentierte *Bild*. «Habecks Heizungstraum», kommentierte die *Welt*.

Die persönlichen SMS, Chats und Mails von Mathias Döpfner, die nun von der *Zeit* skandalisiert wurden, waren denn eine Steilvorlage. Die Journalisten der ideologischen Konkurrenz nutzten sie als Disziplinierungshebel gegen den wichtigsten Mann in Deutschlands Medienindustrie und seinen Vier-Milliarden-Konzern.

Nun wäre es allerdings zu simpel, den aktuellen Shitstorm gegen Döpfner als rein politische Kampagne darzustellen. Der Mann hat sich die scharfen Reaktionen auch selber zuzuschreiben, denn er hat mitunter ziemlich Schmarren formuliert. Oft haute er seine teils skurrilen Kurznachrichten an seinen Bekanntenkreis noch abends spät in sein Handy, vielfach waren sie mit Schreibfehlern durchsetzt.

### «Corona ist eine Grippe»

Über Angela Merkel schrieb er an einen Bekannten: «Sie ist ein sargnagel der Demokratie.» Über Corona wusste er: «Corona ist eine Grippe gefährlich für alte und kranke.» Zur Einwanderung formulierte er an einen Adressaten: «free west, fuck the intolerant muslims und all das andere Gesochs.» Über den US-Präsidenten: «Mein Vorschlag. Friedensnobelpreis für Trump. Und ibama wieder wegnehmen.» Über den Zustand seines Landes: «Kollektiver Verstandes Verlust. Das absolute scheitern der Eliten.» Und sein berühmtestes *quote* war orthografisch auch nicht ganz lupenrein: «Die ossis sind entweder Kommunisten oder faschisten.»

Als lockerer helvetischer Journalist könnte man dazu sagen: Na ja, vielleicht war da mal ein Glas Rotwein zu viel im Spiel. Für einen strammen deutschen Journalisten ist solche Nachsichtigkeit natürlich inakzeptabel. Für ihn handelt es sich, wie immer, um einen unerhörten Jahrhundertskandal. Döpfners Verhalten ist gut erklärbar durch seine selbstgewählte Doppelrolle. Zum einen markiert er in der Branche immer mal den Aussenseiter, der sich und seinem Unternehmen einen nonkonformen Blick bewahrt. Zum anderen will er ebenso gern zum Elitekreis der Unternehmer dazugehören, zu dem er durch seine Position ohnehin gehört. Bis 2022 war er etwa, durchaus geschmeichelt, Präsident des deutschen Verlegerverbandes. In allerlei gehobenen Vereinen und Verwaltungsräten sitzt er seit je ebenso gerne ein.

Im Dilemma zwischen Widerstand und Anpassung hat sich Döpfner zuletzt für die Anpassung entschieden. Er hat einen Kniefall für seine frechen Sprüche hingelegt. «Ich bitte um Entschuldigung dafür», sagte er, «dass ich mit meinen Worten viele gekränkt, verunsichert oder verletzt habe.»

Es war das klassische Ritual der schnell drehenden Mediengesellschaft. Der angeklagte Bösewicht klopft sich, mea culpa, an die Brust, nimmt dadurch Dampf aus dem Kessel, dann noch eine letzte, fette Schlagzeile, und die Journalistengilde kann sich per sofort auf den nächsten Jahrhundertskandal stürzen. Dasselbe Muster hatten Döpfner und sein Verlag in eigener Sache auch schon im Herbst 2021 vorgelegt.

## Alltägliche Intrigengeschichte

*Bild*-Chefredaktor Julian Reichelt hatte damals die Schlagzeilen gestürmt. Er hatte sich immer mal wieder mit jüngeren Journalistinnen und Volontärinnen seiner Redaktion vergnügt. Die hatten zwar nichts dagegen, aber das Brandzeichen von «Machtmissbrauch» stand dennoch lodernd an der Wand. Döpfner zögerte erst, doch dann liess er Chefredaktor Reichelt fallen wie eine heisse Kartoffel. Damit zerbrach eine langjährige Männerfreundschaft. Nachdem die heisse Kartoffel entsorgt war, schob der Springer-Verlag eine der üblichen Abbitten nach.

### **Vielleicht war es eine Abbitte zu viel.**

Einiges deutet nun darauf hin, dass die von der *Zeit* publizierte Privatkorrespondenz Döpfners aus der Quelle des **geschassten Chefredaktors Julian Reichelt** stammen könnte. Etliche der veröffentlichten Kurznachrichten Döpfners waren direkt an Reichelt gerichtet – wer sonst sollte sie kennen?

Wenn es so ist, dann ist es eine richtig schöne Medienstory. Ein Verlagschef feuert einen Chefredaktor, weil er bei ihm privates Fehlverhalten vermutet. Der Chefredaktor rächt sich, indem er bei seinem Verlagschef privates Fehlverhalten vermutet. Es wäre eine alltägliche Intrigengeschichte.

Für die Medienbranche ist es natürlich ein Jahrhundertskandal.

xxx

## Die «Zeit» hat sich blamiert

NZZ, Marco Felix Serrao, 17.04.2023

Gilt als Adresse für seriösen Journalismus: der Sitz der Wochenzeitung «Die Zeit» in Hamburg. Die «Zeit» ist eine Zeitung, die nach eigener Auskunft jede Woche «starken Journalismus» produziert. Für viele Artikel stimmt das. Doch der Text, mit dem das Blatt aus Hamburg seit Tagen für den grössten Wirbel sorgt, zählt nicht dazu. Der über zwei Zeitungsseiten gehende Bericht über private Textnachrichten des Axel-Springer-Chefs Mathias Döpfner ist ein abschreckendes Beispiel. Es illustriert, wie Journalisten durch einen Mangel an



Distanz und Differenziertheit zum Spielball ihrer Informanten werden können. Das Ergebnis ist ein einseitiges «hit piece» über einen angeblich «allmächtigen Verleger».

Bevor ich auf die Gründe eingehe, eine Vorbemerkung: Dieser Kommentar ist auch eine Antwort auf einen der verantwortlichen Journalisten. Holger Stark, der Leiter des Ressorts Investigative Recherche der «Zeit», hat mich am Sonntag in einer E-Mail gebeten, zu erklären, weshalb ich den Artikel von Cathrin Gilbert und ihm für unfairen und schlechten Journalismus halte; das hatte ich zuvor bei Twitter geschrieben. Als ich ihm antwortete, dass ich das öffentlich erklären würde, reagierte der Kollege angefasst. Seine Frage sei nicht «für das Schaufenster» gedacht gewesen.

### **Der Fall Döpfner ist auch ein Fall «Zeit»**

Das fand ich erstaunlich und teilte ihm mit, dass es bei der öffentlichen Antwort bleibe: Was für Döpfners Nachrichten gelte, also das überragende öffentliche Interesse, das gelte bei dem Thema selbstverständlich auch für seine Nachrichten. Das «#Doepfnergate» – so formuliert es Holger Stark in den sozialen Netzwerken – ist, wenn, dann auch ein «Zeit»-Gate.

«Sein Bild»: So macht die Wochenzeitung auf der Titelseite der aktuellen Ausgabe auf den Artikel über den Springer-Chef neugierig. In diesen zwei Wörtern steckt schon das Problem. Denn das Bild, das die Autoren vom Vorstandschef zeichnen, ist bestenfalls *ein* Bild. Oder anders: Es ist das Bild, das die Quelle der zugespielten Textnachrichten über Döpfner in die Welt setzen wollte. Und die «Zeit» hat sich instrumentalisieren lassen.

Grundlage des knapp 30 000 Zeichen langen Textes sind, wie es heisst, «interne Dokumente aus dem Springer-Haus», die durch «Gespräche mit Insidern und Beteiligten» ergänzt worden seien. Was nach einer umsichtigen Recherche klingt, entpuppt sich beim Lesen als Einweg-Kommunikation: Man lernt allein den Wortlaut von Döpfners privaten Textnachrichten kennen: über die FDP, die frühere Kanzlerin, die Ostdeutschen und so weiter.

Die Zitate kennt inzwischen wohl das halbe Land, sie liefen sogar in der «Tagesschau». Sie sind genauso fehlerhaft, unfertig, hämisch, nervös, larmoyant und politisch unvorsichtig wie die privaten Nachrichten fast aller Menschen, von ein paar sehr korrekten Ausnahmen abgesehen. Und sie zeigen natürlich nicht, was die «Zeit» grossspurig behauptet: «wie Springer-Chef Mathias Döpfner denkt». Dazu fehlt viel zu viel: der Austausch mit anderen Gesprächspartnern, Döpfners öffentliche Äusserungen, die teilweise im krassen Widerspruch zu den zitierten Schnipseln stehen. Vor allem fehlt der kritische Blick auf die Quelle dieser missglückten Geschichte.

### **Die Hälfte fehlt**

Döpfner schreibt dieses, Döpfner schreibt jenes – aber was steht in den Nachrichten, die er selbst erhalten hat? Die «Zeit» schweigt dazu. Wer aber nur eine Seite eines Dialogs kennt, der kennt nur die halbe Wahrheit. Der Sinn einer Aussage, vor allem in der privaten Kommunikation, erschliesst sich erst im Kontext. Was ist ernst gemeint, was ironisch? Wo schaukeln sich zwei im Gespräch gegenseitig hoch? Wo macht einer versteckte Anspielungen, die nur das Gegenüber versteht? Wo übertreiben beide, vielleicht aus purer Lust an der Übertreibung?

Und: Ist derjenige, dessen Nachrichten die «Zeit»-Leser im Original kennenlernen, wirklich derjenige, der, wie behauptet wird, immerzu den Ton angibt? Nicht immer sind Verleger im Journalismus die tonangebenden Figuren. Es gibt auch sehr mächtige lohnabhängig Beschäftigte. Der Schweizer Publizist Frank A. Meyer ist ein Beispiel. Der deutsche Boulevardjournalist Julian Reichelt war ein zweites.

Der frühere «Bild»-Chefredaktor gilt als durchsetzungsstarker und gewiefter Stratege. Sein Name ist der einzige, der in der «Zeit» als Empfänger von Döpfners Nachrichten genannt wird.

Ist Reichelt die Hauptquelle des Artikels? Der Verdacht liegt nahe. Die «Zeit» schweigt dazu, was ihr gutes Recht ist. Doch der Quellenschutz rechtfertigt keine naive Berichterstattung. Er entbindet Journalisten nicht von der Pflicht, kritische Distanz zur Quelle zu wahren und eigene Wissenslücken zu benennen.

Die «Zeit» tut in diesem Fall weder das eine noch das andere. In ihrer Darstellung ist Döpfner einer, der mit Europas grösstem Boulevardblatt «Politik machte», der «Manifeste» verschickte und der Journalisten, allen voran seinem früheren Chefredaktor Reichelt, knallharte Anweisungen gab. Dem Geschassten, der Springer heute mit seinem eigenen, zusehends erfolgreichen Boulevard-Startup zusetzt, dürfte diese Darstellung ausgesprochen gut gefallen.

## Mehr Bewunderer als Befehlsgeber

Dass die Wahrheit bei Springer komplizierter sein könnte, dass der CEO Döpfner, der mal in die Ukraine einmarschieren und mal kritische Berichte über die Trans-Lobby untersagen will, manche seiner vielen Überzeugungen, etwa zur Corona-Politik der früheren Bundesregierung, auch von seinem früheren Chefredaktor übernommen haben könnte und nicht umgekehrt, blenden die «Zeit»-Journalisten aus. In einer bereits vor eineinhalb Jahren veröffentlichten SMS soll Döpfner Reichelt einmal als «letzten und einzigen Journalisten in Deutschland» gelobt haben, der noch «gegen den neuen DDR Obrigkeits-Staat» aufbegehre. Das klang mehr nach Bewunderer als nach Befehlsgeber.

Wie einseitig die «Zeit» über Döpfner berichtet, fällt auch auf, wenn man sich anschaut, was ihre Autoren *nicht* für problematisch halten, etwa eine Nachricht der Gesellschafterin Friede Springer an den früheren «Bild»-Chefredaktor. Darin bittet diese den «lieben Julian», der «erfahrenen Bundeskanzlerin» Angela Merkel beim Umgang mit der Corona-Pandemie zu «helfen».

Ist das, also die Aufforderung, sich der Regierung als publizistische Schützenhilfe anzudienen, nicht viel problematischer als ein Verleger, der sich privat kritisch über den Mainstream und die Eliten des Landes äussert und Merkel für eine Fehlbesetzung hielt? Für die «Zeit» offenbar nicht. Aus Döpfners Kritik macht sie «Abscheu» und dichtet ihm an anderer Stelle eine «weit rechte» Gesinnung an – weil er angeblich lieber einen mit AfD-Stimmen (aber ohne eine AfD-Regierungsbeteiligung) gewählten FDP-Ministerpräsidenten in Thüringen gesehen hätte als einen Regierungschef vom linken Rand.

**Die Wochenzeitung aus Hamburg, die nach eigenen Angaben «starken Journalismus» macht, hat selten so schwach ausgesehen.**

xxx

## Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig

NICOLAS DVORAK, 18.04.2023



Bestseller-Autor Matthias Weik skizziert in seinem neuen Buch den Abstieg des einstigen Exportweltmeisters – und zeigt auf, was Sie tun können, um sich für eine unruhige Zukunft zu wappnen.

Deutschlands Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen, schreibt Matthias Weik. (Foto: dpa)

**Straßen, Brücken, Schienennetze, Weichen, Wasserwege, Schleusen, unpünktliche Züge prägen das Bild.**

Ein weiteres Kernproblem ist das Thema Migration und Fachkräftemangel. In den letzten Jahrzehnten sind einerseits hunderttausende aus Deutschland ausgewandert (der deutsche Auswanderer ist unter 40 Jahre alt, beruflich erfolgreich und Dreiviertel haben einen akademischen Abschluss) und Millionen zumeist Niedrigqualifizierte eingewandert. Diese haben die Problematik des Fachkräftemangels nicht gelöst. Ende 2022 fehlten Statista zufolge 137.000 IT-Fachkräfte. Die Boston Consulting Group erwartet, dass Deutschland bis zum Jahr 2030 rund 1,1 Millionen Fachkräfte in Informatik und Mathematik fehlen werden. Ohne Fachkräfte gibt es keine Energiewende und es droht ein massiver Wirtschaftseinbruch, ein Verlust an Wertschöpfung und Wohlstand.

Jetzt sind Teile der deutschen Politik von der Vision beseelt, dass eine große Einwanderungswelle hochqualifizierter Fachkräfte und Top-Experten nach Deutschland stattfinden wird. Doch diese werden nicht kommen, wenn sie in anderen Ländern wie beispielsweise Australien, Neuseeland, Schweiz, USA... kein Energiedesaster und ein besseres Forschungsumfeld vorfinden, mit weniger Bürokratierisinn konfrontiert sind, mehr Digitalisierung, bessere Schulen und Universitäten, **ein Gesundheits- und Altenpflegesystem, das nicht auf Kante genäht ist und in dem in Zukunft nicht der Pflegekollaps in Krankenhäusern und Altenheimen** droht, vorfinden und on top mehr verdienen und weniger Steuern zahlen müssen.

Fakt ist: der Industriestandort Deutschland verliert kontinuierlich an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit, und dem Land droht eine Deindustrialisierung von nie da gewesenen Ausmaß. Das Geheimnis des Erfolgs von Deutschland war es aus, mit einer starken Währung, günstig erworbenen Rohstoffen und Vorprodukten kraft menschlicher Intelligenz, einer guten Infrastruktur, Top-Unternehmen und billiger Energie hochwertige Produkte zu fertigen.

Wenn Energie jedoch im internationalen Vergleich am Wirtschaftsstandort Deutschland viel teurer oder im Extremfall kaum noch verfügbar ist, dann helfen auch die besten Spezialisten – welche zusehends fehlen - und die fortschrittlichste Unternehmensinfrastruktur nicht mehr weiter.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *Wer ist für diesen Zustand politisch verantwortlich? Viele der von Ihnen im Buch identifizierten Probleme haben sich ja schon vor langer Zeit eingeschlichen – etwa die marode Infrastruktur oder das schwächelnde Bildungswesen.*

**Matthias Weik:** Ganz klar die regierenden Politiker der letzten Dekaden. In den letzten 25 Jahre wurden seitens der Politik zahllose Fehlentscheidungen – egal ob Einführung des Euros, Energiepolitik, Bildungspolitik, Digitalisierung – getroffen. Ferner wurden Milliarden an Steuergeldern, die dringend im Land benötigt wurden und werden, großzügig ins Ausland verteilt.

Im Jahr 2021 beispielsweise umfasste der Bundeshaushalt die Summe von rund 498,6 Milliarden Euro. Knapp 13,7 Prozent davon flossen im selben Jahr ins Ausland – das meiste davon an die Europäische Union. Mit rund 47 Prozent stammte fast die Hälfte aller europäischen Nettozahlungen aus der Bundesrepublik. In den vergangenen 21 Jahren wurden aus dem Hochsteuerland Deutschland 212 Milliarden Euro mehr an die EU – und somit indirekt auch an zahlreiche Niedrigsteuerrländer – überwiesen als, zurückflossen.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *Sie schreiben unter anderem, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland der klare Verlierer des gegenwärtig zwischen dem Westen und Russland tobenden Wirtschaftskrieges ist. Wäre es aus Sicht der Bundesregierung eigentlich nicht an der Zeit, diesen zu entschärfen. Oder anders gefragt: hat Deutschland eine realistische Chance, die energetische Abkopplung von Russland erfolgreich zu meistern?*

**Matthias Weik:** Die politischen Eliten haben in Deutschland ein energiepolitisches Desaster angerichtet – zuerst mit dem 2011 beschlossenen Kernenergieausstieg bis 2022, dann im Jahr 2019 mit dem Beschluss zum Kohleausstieg und schließlich generell mit der Schwerpunktsetzung auf billiges russisches Gas.

Jetzt besteht die Gefahr, dass die Bundesregierung sich über die Meinung zahlloser Experten und Politiker im In- und Ausland hinwegsetzt und Deutschland mit derselben Arroganz und Beratungsresistenz in eine noch wesentlich größere energiepolitische Katastrophe reitet.

Die völkerrechtswidrige Invasion Russlands in der Ukraine hat die bisherige Energiepolitik Deutschlands vollends ad absurdum geführt. Mittlerweile wird zusehends klar, dass ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kernkraft und Kohle, das Setzen auf billiges russisches Gas und Wirtschaftssanktionen gegen den größten Gaslieferanten des Landes aus ökonomischer Sicht nicht sonderlich klug waren. Bereits am 18. Juli 2018, lange vor Russlands Überfall auf die Ukraine, äußerte der damalige US-Präsident Donald Trump in Brüssel eine Vorahnung, die sich bewahrheiten sollte: „Wenn man sich das anschaut, ist Deutschland ein Gefangener von Russland. Sie sind ihre Kohlekraftwerke losgeworden, sie sind ihre Atomkraftwerke losgeworden, sie bekommen einen großen Teil ihres Öls und Gases aus Russland.“

Es steht mittlerweile reichlich LNG-Gas zur Verfügung. Dieses ist jedoch wesentlich teurer und macht somit den Wirtschaftsstandort Deutschland für energieintensive Industrien wie Chemie und Automotive – die Schlüsselindustrien Deutschlands – unattraktiv. Kommt Deutschland nicht an preiswerte Energie, dann wird die energieintensive Industrie ihre Produktion in Länder mit preiswerterer Energie verlagern und die Deindustrialisierung in Deutschland unaufhaltsam voranschreiten. Momentan sehe ich leider nicht, woher Deutschland das dringend benötigte günstige Gas herbekommen sollte.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *Die deutschen Energiepreise sind im internationalen Vergleich viel zu hoch. Sanktionen hatten dieses Manko zuletzt verstärkt, aber ist es nicht so, dass die Energiewende letztendlich ursächlich für die enormen Preisanstiege ist?*

**Matthias Weik:** Das renommierte Wall Street Journal bezeichnete Deutschlands Energiepolitik 2019 als „dümmste Energiepolitik der Welt“, die die deutschen Haushalte und Unternehmen mit den höchsten Energiepreisen Europas belaste. Der Sachverständigenrat bezeichnete in seinem Sondergutachten im Jahr 2019 die mit Hunderten von Milliarden Euro finanzierte deutsche Energie- und Klimapolitik als „ineffizient, kleinteilig und teuer.“

Energieexperten im Ausland halten von der deutschen Energiewende augenscheinlich ebenfalls nicht allzu viel. Der Weltenergierrat, bestehend aus 119 Fachleuten aus mehr als 60 Ländern, wurde bezüglich der deutschen Energiewende befragt. Insbesondere in Europa stößt sie nicht nur unter Experten auf Skepsis. Lediglich 11 Prozent der europäischen Teilnehmer betrachten die deutsche Energiewende als Blaupause für die Welt. Die Hälfte der Teilnehmer aus der EU vertritt die gegenteilige Überzeugung. Weitere 39 Prozent sagen, dass sie lediglich in Teilen als Blaupause dient. 67 Prozent der europäischen Experten erwarten eine Abschwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands aufgrund seiner Energiepolitik bis 2030.

Die „Energiewende“ hat Deutschlands Bürgern und der Wirtschaft jahrelang mit die höchsten Strompreise weltweit beschert und dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschadet. Der größte Anteil des Strompreises in Deutschland wurde nicht durch die privaten Anbieter, sondern durch staatlich bestimmte Abgaben definiert. Die Strompreise in Deutschland waren und sind folglich nicht zufällig so hoch, sondern politisch gewollt, um eine bis dato suboptimale Energiewende voranzutreiben. Zweifellos war und ist der Staat einer der Treiber des Strompreises. Somit hatten und haben einerseits die Bürger weniger Geld in der Tasche, und andererseits verlor und verliert der Wirtschaftsstandort Deutschland aufgrund seiner im internationalen Vergleich hohen Steuern und Abgaben kontinuierlich an Attraktivität, insbesondere was energieintensive Branchen angeht.

Es stellt sich die Frage: Befinden sich nicht nur die USA, China, Indien und Großbritannien, sondern auch ein großer Teil der EU-Staaten in punkto Energiepolitik auf dem falschen Weg? Oder ist die deutsche Politik falsch abgelenkt? Worin besteht der Mehrwert für Deutschlands Bürger, wenn Deutschland, seine im internationalen Vergleich sehr sicheren, Kernkraftwerke abschaltet, während Deutschlands Nachbarländer weiter auf Kernkraft setzen und sogar neue Atomkraftwerke bauen? Ist Deutschlands Politik tatsächlich auf dem Pfad der Erleuchtung oder wird es einen hohen Preis für ideologisch geprägte Entscheidungen einiger Politiker bezahlen müssen? Die Chance, dass die Mehrheit und insbesondere unsere Hauptmitbewerber irren und ausgerechnet Deutschlands Politiker alleine recht behalten werden, ist als gering einzuschätzen. Der Schaden einer gescheiterten Energiewende wäre für den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Bürger verheerend-

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *Eines der in Ihrem Buch immer wieder auftauchenden Leitmotive ist die Ideologie. Diese, so Ihre Einschätzung, bestimmt maßgeblich das Handeln der Bundesregierung. Um welche Ideologie handelt es sich dabei und warum ist sie gerade in Deutschland so stark ausgeprägt?*

**Matthias Weik:** Wir haben in Deutschland eine Politik, die Fracking verbietet, aber Fracking-Gas in rauen Mengen importiert, die gegen Gas- und Ölbohrungen in Nord- und Ostsee ist, aber Nordseeöl aus Norwegen importiert und die Atomkraftwerke abschaltet, während Wirtschaftskonkurrenten neue Atomkraftwerke bauen, die aber Atomstrom auch zukünftig aus den Nachbarländern zu importieren beabsichtigt. Wir erleben Politiker, die eine Gaspreisbremse feiern, durch die es weder mehr Gas auf dem Markt gibt noch die Nachfrage nach dem in Deutschland knappen und in großem Umfang benötigten Gut senkt, geschweige denn für mehr Gas sorgt.

Egal ob Energiewende, Fachkräftemangel, Migration, Bildungsmisere – eiskalt werden insbesondere Deutschlands grüne Bullerbü-Ideologen von der Realität eingeholt. Ideologische Denkweisen haben in der Politik oftmals rationales Denken und Realitätssinn verdrängt. Dies hat mit dazu geführt, dass unser Wohlstand schwindet und der Wirtschaftsstandort Deutschland auf dem Spiel steht.

Teile unserer Politiker versuchen mit moralisch erhobenem Zeigefinger die Welt zu bekehren. Denen offenkundig nicht klar ist, dass Deutschland weder politisch noch gemessen an der Bevölkerungszahl eine Rolle spielt – und auch in punkto CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht, mit 1,85 Prozent Gesamtanteil am globalen Ausstoß. Weder wird die Welt sich von deutschen Politikern bekehren lassen, noch wird Deutschland die Welt retten können. Ebenso wenig wird die Welt der deutschen Energie-, Steuer-, Digitalisierungs- und Migrationspolitik folgen. Warum die grüne Ideologie gerade in Deutschland so stark ausgeprägt ist, ist schwer zu sagen.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *In letzter Zeit beleuchteten Medien verstärkt die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit China. Besonders die Grünen fordern hier eine konfrontativere Außenpolitik und eine wirtschaftliche Abkopplung. Teilen Sie die Sorgen vor einer zu starken Abhängigkeit? Und was würde es für uns bedeuten, wenn die Wirtschaftsbeziehungen zum Reich der Mitte tatsächlich deutlich zurückgefahren würden?*

**Matthias Weik:** Am deutlichsten zeigt sich die Abhängigkeit Deutschlands von China, wenn man die Bereiche Handel und Rohstoffe betrachtet. Bereits seit 2016 ist China Deutschlands wichtigster Handelspartner. Rund 5.000 deutsche Firmen sind mittlerweile in China aktiv. Die deutsche Wirtschaft hat allein im ersten Halbjahr 2022 in China knapp 10 Milliarden Euro investiert.

Insbesondere deutsche Autohersteller und Chemiefirmen suchen nach wie vor den Anschluss an den riesigen aufstrebenden chinesischen Markt. Allein die vier deutschen Konzerne VW, BMW, Mercedes und BASF bestreiten ein Drittel der europäischen Direktinvestitionen in China. Laut Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, ist bei kritischen mineralischen Rohstoffen wie Seltenen Erden die Abhängigkeit, insbesondere von China, bereits wesentlich größer als die bisherige Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energieträgern.

Nicht nur Deutschland, sondern auch Europa ist abhängig von industriellen Vorprodukten und Seltenen Erden. Der Anteil der Rohstoffweiterverarbeitung Chinas bei Lithium und Kobalt liegt weltweit zwischen 50 und 70 Prozent und bei Seltenen Erden (diese sind in vielen industriellen Anwendungen zur Herstellung von Hightech-Produkten unerlässlich, u.a. im Windkraftanlagenbau, bei LCD/LED-Bildschirmen, in Smartphones, in Notebooks und im Solaranlagenbau) bei fast 90 Prozent. Einer Analyse der EU-Kommission aus dem Jahr 2020 zufolge, werden beispielsweise 65 Prozent der Rohstoffe für Elektromotoren aus China importiert. Laut einem Bericht der Internationalen Energieagentur beträgt Chinas Anteil an den Produktionsstufen der Solarenergie, von der Herstellung von Polysilizium bis zu den Paneelen selbst, bereits heute über 80 Prozent. In einigen Stufen könnte der Anteil bis 2025 sogar 95 Prozent erreichen.

2021 wurde in China zehn Mal so viel Geld in die Produktion investiert wie in Europa. In einem Papier des Belfer Center for Science and International Affairs, Harvard Kennedy School, vom Dezember 2021 heißt es, dass China die USA und andere Länder überholt hat und die wichtigsten Glieder der Lieferkette für grüne Technologien, einschließlich Herstellung von Geräten, Rohstoffen und Energiespeicherung dominiert.

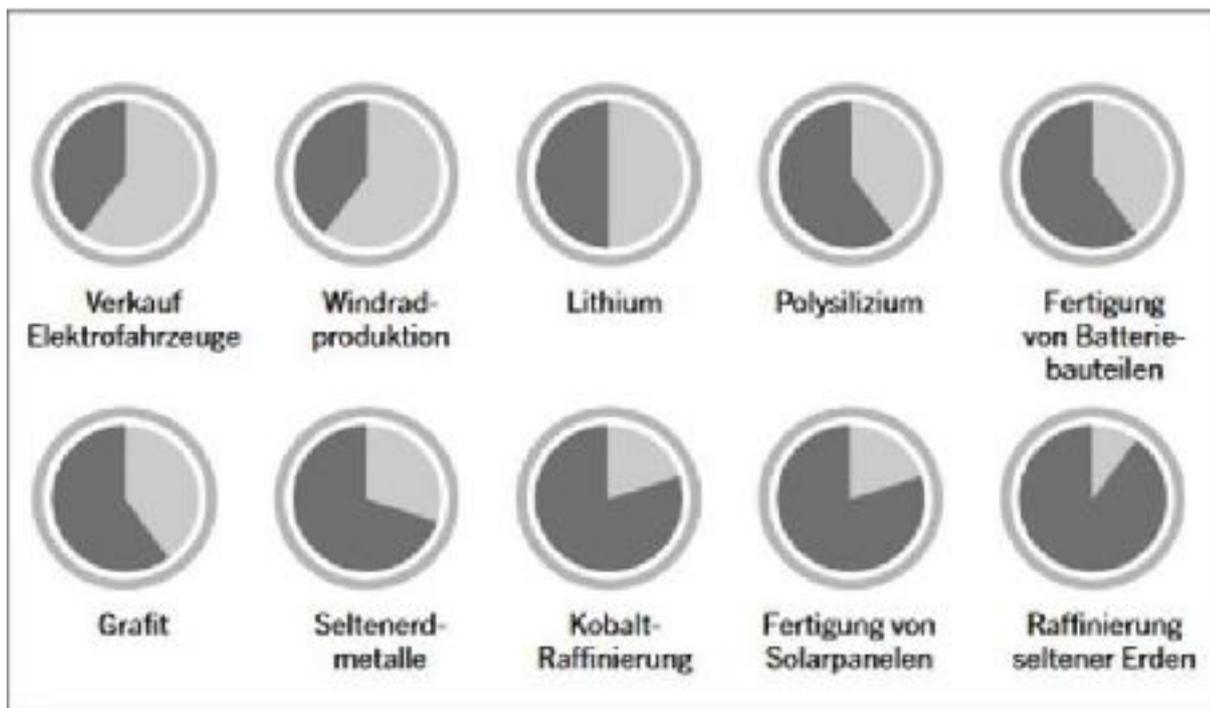


Abbildung: Die grüne Energie von heute ist rot

Fakt ist: Ohne China wird weder in Deutschland noch in der EU eine Energiewende stattfinden. Ferner wird sich der Wirtschaftsstandort Deutschland mit seinem Sozialstaat in seiner jetzigen Form ohne China nicht erhalten lassen. Sollte China tatsächlich Taiwan angreifen und würden die EU und Deutschland als Reaktion ebenso harte Sanktionen gegen China wie gegenwärtig gegen Russland verhängen, wäre dies der Super-GAU für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** Sie weisen darauf hin, dass die Inflation schon vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges weit über dem von der EZB anvisierten Zielwert lag. Welche Verantwortung hat die EZB für die anhaltend starke Geldentwertung? Wie sollte sie in den kommenden Monaten und Jahren agieren?

**Matthias Weik:** Dank der EZB können sich die Euroländer derzeit auf Kosten der Sparer sanieren. Leidtragende sind die Bürger, die maßgeblich von der durch die EZB mit angefachten Inflation betroffen sind. Sie müssen für das bezahlen, was ihre irrsinnige Notenbankpolitik angerichtet hat – nicht wenige sogar mit ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Gerne schiebt die EZB den Schwarzen Peter für die ausufernde Inflation auf Corona-Lockdowns und den Krieg Russlands in der Ukraine. Zweifellos heizen beide Krisen die Inflation an. Sie sind aber keinesfalls die Hauptursache. Kein anderer als die EZB selbst hat die gegenwärtige Inflation durch ihre expansive Geldpolitik maßgeblich miterzeugt. Im globalen Wettbewerb des Gelddrucks der Notenbanken übernimmt sie seit Jahren eine Führungsrolle.

Jedem logisch Denkenden sollte klar sein, dass die von der EZB zu verantwortende gigantische Geldmengenausweitung in keinerlei Relation zur wirtschaftlichen Entwicklung stand und steht. Jetzt muss die EZB die Zinsen deutlich erhöhen, um der Inflation Einhalt zu gebieten. Andernfalls droht eine weitere Abwertung des Euro mit entsprechenden negativen Folgen für die Importpreise.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** Sie beklagen, dass viele hochrangige Politiker nicht über die notwendige Kompetenz zur Ausübung ihres Amtes verfügen. Fallen Ihnen dazu einige Beispiele ein? Und welche Anforderungen sollten aus Ihrer Sicht an unsere politische Führung und Bürokratie gestellt werden?

**Matthias Weik:** Hierzu gibt es zahlreiche Beispiele. Die gravierendsten sind wohl Wirtschaftsminister Robert Habeck, Außenministerin Annalena Baerbock, die ehemalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, der ehemalige Verkehrsminister Andreas Scheuer, die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen um nur einige zu nennen.

Zu jedem Arbeitsplatz gehören eine Stellenbeschreibung und ein Anforderungsprofil. Beispielsweise sind die Anforderungen an einen Sachbearbeiter ohne Budget- und Personalverantwortung geringer als

diejenigen, die an einen Abteilungsleiter oder einen Vorstand zu stellen sind. Zweifellos wäre manch ein Sachbearbeiter auf dem Posten eines Vorstands in einem Konzern reichlich überfordert, weil ihm die Qualifikation, die Erfahrung und vielleicht auch der Intellekt fehlen. Die Besetzung eines Jobs nach Qualifikation zählt in der freien Wirtschaft ebenso wie im öffentlichen Dienst und für Beamte in jeder Behörde.

Es ist unabdingbar, dass Ministerposten und Staatssekretärsposten ebenso ein Jobprofil erhalten und davon ausgehend, ebenso wie Topmanagerposten, strikt nach Kompetenz und nicht nach Parteibuch besetzt werden.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *Die Bürokratie gilt heute in Teilen als ineffizient, überlastet und kaum digitalisiert. Warum kommt Deutschland hier nicht voran? Welche Rolle spielt der Zustand der Bürokratie aus Ihrer Sicht bei der Unfähigkeit, Großprojekte wie den Hauptstadtflughafen BER oder Stuttgart 21 zügig und durchdacht zu realisieren?*

**Matthias Weik:** Das Thema Bürokratie- und Bürokratieabbau ist in Deutschland seit Jahrzehnten Gegenstand der politischen Debatten. Geändert hat sich bestenfalls wenig. Drastische Beispiele für die Unfähigkeit staatlicher Großprojekte, bei den Milliarden an Steuergeldern versenkt wurden und werden, sind der BER und Stuttgart 21.

Ein weiteres Beispiel ist das Thema Digitalisierung. Meiner Ansicht nach kann es lediglich zwei Gründe geben, die die digitale Misere in Deutschlands Verwaltung erklären. Entweder besteht ein Mangel an Kompetenz der Verantwortlichen, oder es besteht ein Mangel an Geld, um die Digitalisierung der deutschen Ämter und Behörden energisch voranzutreiben. Liegt es an der Kompetenz, so müssen, wie in der freien Wirtschaft üblich, die Verantwortlichen ausgetauscht werden. Liegt es am Geld, so gilt es zu überlegen, warum beispielsweise zahllose EU-Länder, die zu den Nettoempfängern gehören, in

puncto Digitalisierung von Ämtern und Behörden wesentlich weiter sind als Deutschland.

In diesem Kontext drängt sich die Frage auf, warum mit deutschen Steuergeldern das Leben von Bürgern und Unternehmen außerhalb Deutschlands vereinfacht wird – und somit diese Länder einen Wettbewerbsvorteil erlangen –, während diese Vereinfachung in Deutschland auf sich warten lässt. Liegt es tatsächlich am Geld, dann stellt sich die Frage, warum Steuergelder aus Deutschland heraus verteilt werden, obwohl sie im Lande offensichtlich dringend benötigt werden.

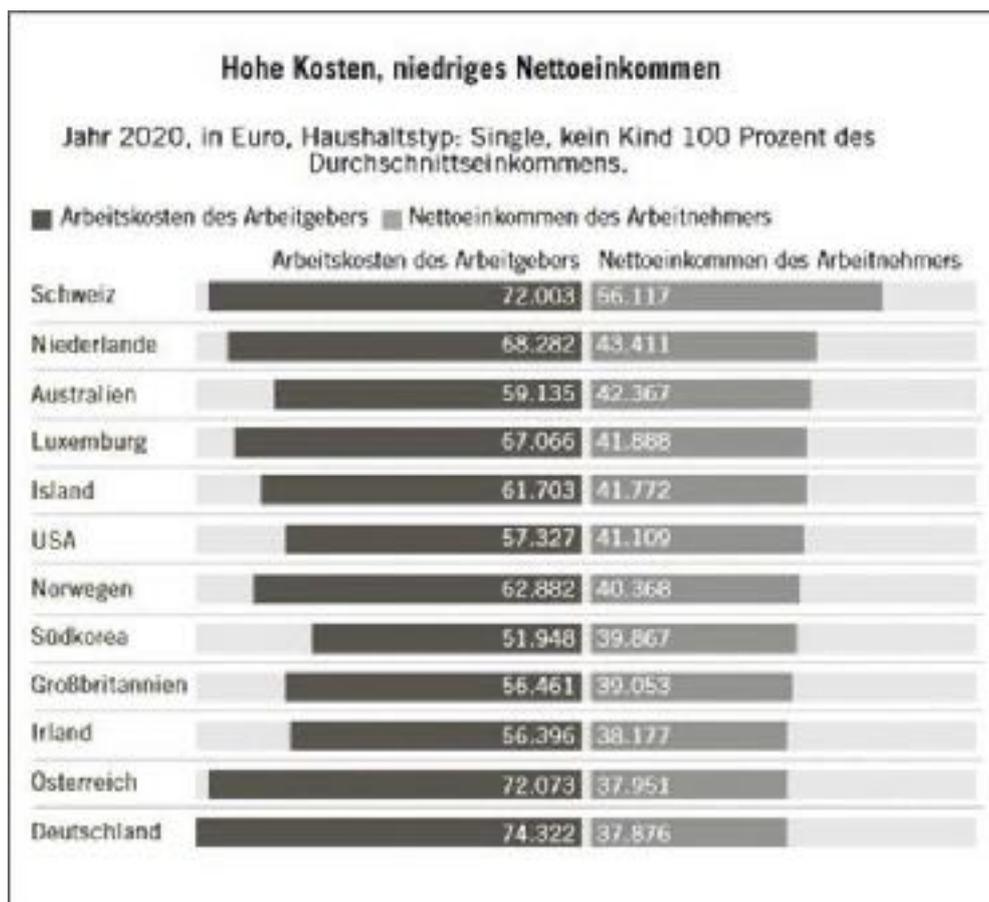


Abbildung 12: Arbeitskosten im internationalen Vergleich

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *Die Wirtschaft ruft nach Fachkräften, während jedes Jahr viele zehntausend gut ausgebildete Bürger Deutschland verlassen. Was muss sich ändern, damit der Exitus gestoppt und gut ausgebildete Menschen nach Deutschland gelockt werden?*

**Matthias Weik:** Deutschland muss wieder attraktiv werden. Dies bedeutet, die Bürger müssen mehr Brutto vom Netto haben. Kurzum, Steuern und Abgaben müssen gesenkt werden. Ansonsten werden hochqualifizierte Fachkräfte nicht nach Deutschland kommen, sondern weiterhin das Land verlassen.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *Sie fordern, den Euro abzuwickeln. Zudem soll sich die EU primär als Wirtschaftsunion verstehen und ihre politischen Ambitionen aufgeben. Sind dadurch nicht enorme Wohlstandsverluste für Deutschland vorprogrammiert? Warum ist das Euro-System ihrer Einschätzung zufolge nicht zukunftsfähig?*

**Matthias Weik:** Nicht nur ich vertrete die Meinung, dass der Euro langfristig nicht zukunftsfähig ist. Auch Fachleute wie etwa Prof. Thomas Meyer, ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank haben massive Zweifel am Bestand der Währungsunion. Meyer: „Noch nie in der Geschichte hat eine so konstruierte Währungsunion souveräner Staaten überlebt, und es ist nicht die Frage, ob, sondern wann und wie diese Währungsunion zerfallen wird.“

Spürbar setzt sich die Erkenntnis durch, dass es Irrsinn war, eine Weichwährung wie beispielsweise die Italienische Lira mit einer soliden und stabilen Währung wie der Deutschen Mark zu verschmelzen und, dass es wenig sinnvoll war, unterschiedlich starke Volkswirtschaften wie beispielsweise Deutschland und Griechenland in ein Zins- und Währungskorsett zu zwingen.

Das Währungskonstrukt Euro funktioniert ausschließlich in Form einer Transferunion. Wenn jedoch mit Deutschland die stärkste Volkswirtschaft des Euroraums und somit die Stütze des Euro sukzessive in die Knie geht, dann wird sich dies auf das Vertrauen in den Euro verheerend auswirken.

Dementsprechend wird der Euro auch zukünftig weiter an Bedeutung verlieren. Anders als im Zauberlehrling ist die Rettung des Euro durch den Zaubermeister nicht zu erwarten. Der Preis, den die Bürger für den Euro bezahlen müssen, wird tagtäglich höher. Ob heute die Begeisterung für den Euro noch ebenso groß ist wie bei seiner Einführung, ob es tatsächlich sinnvoll war, die harte Deutsche Mark gegen den Euro zu tauschen und sich in die Abhängigkeit der EZB zu begeben, ist ebenso fraglich. Deshalb ist es wichtig, den Euro kontrolliert abzuwickeln. Dies wird zweifellos Unsummen kosten. Ein unkontrollierter Crash hingegen wäre wesentlich teurer.

**Deutsche Wirtschaftsnachrichten:** *Der Wirtschaftsstandort ist gefährdet, an den Finanzmärkten drohen neue Krisen. Wie sollte man sein Ersparnis verwalten, um sich finanziell bestmöglich für eine unruhige Zukunft aufzustellen?*

**Matthias Weik:** Aufgrund der gegenwärtigen unsicheren wirtschaftlichen Situation ist es sinnvoll, Schulden zu bezahlen, sich auf Bargeld und Sachwerte zu konzentrieren, und zwar international.

Liquidität – Mittel wie Bargeld und Bankguthaben, aber auch Edelmetalle (Gold, Silber, Platin, Palladium), welche sich leicht und schnell umtauschen lassen – ist in der gegenwärtigen Zeit unabdingbar. Das gilt einerseits für den alltäglichen Gebrauch und andererseits für den Handel an den Märkten.

Wenig sinnvoll ist es indes, sich auf den Euro zu versteifen. Dasselbe gilt im Kontext der Anlageländer bezüglich der Bundesrepublik Deutschland.

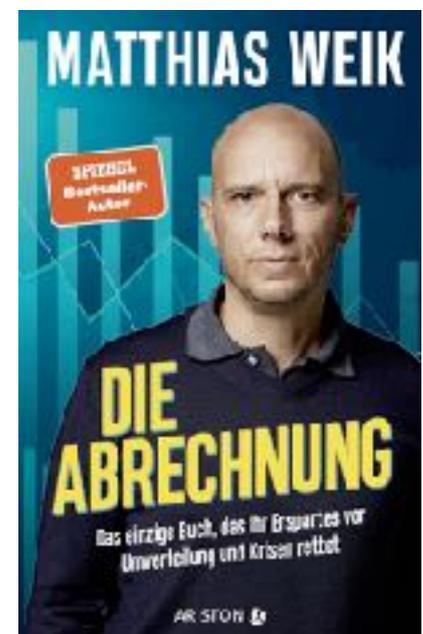
Ferner kommt kein langfristig ausgelegtes Portfolio um Aktien, ETFs und Fonds herum. Die positiven Wertentwicklungen der Aktienindizes Dow Jones, S&P 500, DAX und MSCI World in den letzten Jahrzehnten sind nicht von der Hand zu weisen.

Spannend können auch Investments in hochwertige Uhren und Immobilien im Ausland sein. Diesbezüglich zeige ich in meinem Buch auf, wo und in was man am besten investieren sollte. Ferner habe ich ein Gastkapitel zum Thema Gründung einer Stiftung in meinem Buch. Ziel einer Stiftung ist es, Vermögen über Generationen zu erhalten. Die Option einer Familienstiftung ist keinesfalls ausschließlich Superreichen vorbehalten. Bereits ab einem Vermögen von 500.000 Euro kann eine Stiftung unter bestimmten Umständen sinnvoll sein – ab einem Vermögen von einer Million Euro durchaus.

\*\*\*\*\*

[Matthias Weik](#) befasst sich seit über zwei Jahrzehnten ...

XXX



## Marx wäre heute konservativ - von Elena Louisa Lange

Die heutigen Linken verraten die Ideen ihres Idols.

Wäre Karl Marx (1818 – 1883) heute ein Marxist? Schon zu Lebzeiten wusste Marx auf diese Frage eine Antwort: Im Zuge der Aufstände der Pariser Kommune Anfang der 1870er Jahre sagte er über die revolutionären Marxisten: «Alles, was ich weiss, ist, dass ich kein Marxist bin!»

Doch lohnt es sich, zu fragen, was Marx, ein Kämpfer gegen die preussische heute von linker Cancel-Culture halten würde, was der Historiker Marx von der Geschichtsvergessenheit der Grünen hält oder was der Individualist Marx, dessen politische Kritik immer vom «Standpunkt des einzelnen, wirklichen Individuums» ausging, heute vom neuen Corona- oder Klimakollektivismus denken würde.



Zensur,

### Bruch mit der Linken

Marx würde sich von dem, was heute unter dem Banner «linker Ideologie» läuft, kopfschüttelnd ab- und eher dem konservativen Lager zuwenden. Dort fände er geeignetere Mitstreiter für sein radikal-demokratisches Projekt: nicht nur beim Kampf für Meinungsfreiheit und gegen staatliche Übergriffigkeit, sondern auch bei der Parteinahme für die arbeitende Bevölkerung, gegen die spalterische Gender- und Identitätspolitik der Linken.

Marx war auch einer der Ersten, die mit ihrer Kritik der «Verdinglichung» die Methode der Machterhaltung von Technokraten erkannten und mit einer Grundsätzlichkeit kritisierten, auf die sich Demokraten heute beziehen sollten, wenn sie korporatistischen Plänen wie dem neuen WHO-Pandemievertrag oder den Enteignungsplänen des WEF etwas entgegensetzen wollen. Es gibt kaum ein gesellschaftspolitisches Thema, bei dem Marx sich nicht gegen linke Technokraten und grüne Kollektivistinnen stellen würde.

Indes gibt es Theorien darüber, wie die westliche Linke in Bezug auf Marx so auf den Hund kommen konnte. Das Ende der klassischen Arbeiterbewegung und der Beginn der Studentenbewegung der 1960er markieren den Bruch. War in der Arbeiterbewegung bis ins 20. Jahrhundert hinein die Forderung nach einem Ende der Ausbeutung von Arbeit massgeblich – heute betont man, dass es sich dabei um «männliche» und «weisse» Arbeiter handelte, und unterstellt der Arbeiterbewegung oft «rassistische» Motive –, wurden diese Ideale in der Studentenbewegung durch den Kampf gegen «Diskriminierung» und eine nicht näher spezifizierte «Unterdrückung» ersetzt.

Theoretiker wie der Philosoph Herbert Marcuse, ein Stichwortgeber der Studentenbewegung, aber auch stark an Marx orientierte Geistesgrößen wie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer hielten von der «Emanzipation» der Arbeiter bereits nicht mehr so viel. Während Adorno und Horkheimer, durch die Erfahrung von Auschwitz geprägt, Klassenkampf durch jüdische Identitätspolitik ersetzten, sah Marcuse das «revolutionäre Subjekt» vielmehr in den «Verdamnten dieser Erde» (Frantz Fanon): in der «Dritten Welt», in Frauen, Schwarzen, Homosexuellen.

In der Vorstellung Marcuses sollte diesen «Marginalisierten», in einer Quasi-Neuaufgabe des maoistischen Kulturkampfes, die historische Rolle zukommen, «die alten Zöpfe abzuschneiden» und der kulturellen Hegemonie bürgerlicher Vorstellungen von Glück – eine weisse, «heteronormative» Familie, Farbfernseher, Auto, Eigenheim – einen «neuen Menschen» entgegenzusetzen. Von der Emanzipation aller Menschen – also der Befreiung von Menschen durch Herrschaft überhaupt – war von da an keine Rede mehr. In der Vorstellung der neuen Linken würde erst dann Gerechtigkeit geschaffen, wenn «Marginalisierte» nun auch «dazugehören», einen Platz am Tisch der Macht ergattern können.

**Ohne die Freiheit jedes Einzelnen kann es gemäss Marx so etwas wie «kollektive Freiheit» nicht geben.**

Heute sehnt sich die Parole von «Diversity, Equity, Inclusion» nach nichts anderem als dem: die Neubesetzung von Herrschaft, nicht ihre Aufhebung. Bei aller Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise hätte Marx, der ein konservativ bescheidenes Familienleben führte, sich über die

kulturrevolutionären Vorstellungen der Linken gewundert: Als politischer Denker betonte Marx stets die Errungenschaften des Kapitalismus gegenüber dem Feudalismus – Produktivkräfte, die die Armut beseitigen könnten, die Schaffung des bürgerlichen Rechtssubjekts, Presse- und Meinungsfreiheit, freie Verfügung über Eigentum, formale Freiheit und Demokratie. Hinter diese Errungenschaften dürfe man nicht zurücktreten. Für ihn war vielmehr ökonomisch produzierte Armut das Problem, nicht «Diskriminierung»: Die Abschaffung der Diskriminierung hat noch niemanden satt gemacht.

Die Vorstellung einer Aufteilung der Menschen in «Unterdrücker» und «Unterdrückte», nach Hautfarbe, Geschlecht und sexuellen Präferenzen, und nicht nach ihrer Rolle im Gefüge der Macht steht im Widerspruch zu Marx' ganzer politischer Philosophie. Dass man, anstatt das Leben aller verbessern zu wollen, den «weissen, heterosexuellen» Mann zum Feindbild erklärt, und sei er nur ein Fabrikarbeiter, wäre für Marx Anzeichen einer fundamentalen politischen Degeneration. Es ist aber kein Zufall, dass heute Menschen an den Hebeln der Macht sitzen, die genau diese Degeneration verkörpern: eine grün-professionelle Wohlstandsklasse, die Marx dem «kleinbürgerlichen Sozialismus» zugerechnet und vehement bekämpft hatte.

### **Machtkult der Technokraten**

Was liegt dieser neuen staatlichen Elite näher, als der Bevölkerung auch noch das zu nehmen, was sie unabhängig gegenüber dem Staat macht – Eigentum und das unveräusserliche Naturrecht der Freiheit? Die Corona- und die Klimadebatte liefern hierzu den vollkommenen Vorwand und hätten Marx den ausschlaggebenden Grund geliefert, sich gegen die herrschenden Linken und auf der Seite der ins Abseits gedrängten Konservativen und Liberalen zu positionieren.

Schon ein oberflächlicher Blick auf die Themen Covid und Klima zeigt, dass diesen Begriffen etwas Unantastbares anhaftet: «Du sollst keine anderen Götter haben neben mir!», lautet die neue «Alltagsreligion» von Klima und Corona, die, mit Marx gesprochen, heute durchaus als «Opium für das Volk» gelten kann. Mit dieser verabsolutierenden Vorstellung lässt sich Gefolgschaft erwirken – schliesslich gehe es um das «nackte Überleben». Der zynische und erpresserische Blick auf Menschen, die sich mit dem Verweis auf die «Rettung des Lebens» (was gibt es Edleres?) kontrollieren lassen, weil es angeblich «keine Alternative» zur Gesundheitsdiktatur gebe, bildete die ideologische Basis des Corona-Regimes. Marx nannte ein solches Vorgehen «Verdinglichung»: Etwas gesellschaftlich zu Verhandelndes, wie etwa die Frage nach dem Umgang mit einem potenziell tödlichen Virus, wird kurzerhand zu etwas «Naturgegebenem» umgedeutet, das angeblich nur eine autoritäre Politik der «Sachzwänge» zulässt.

Erinnern wir uns an die Worte eines deutschen grünen Ministerpräsidenten: «Der Druck [auf Ungeimpfte] kommt vom Virus, nicht von uns [Politikern].» Polizeischlagstöcke auf ältere Menschen und Kinder wurden auf den «Sachzwang» des Virus geschoben, politische Entscheidungsträger jeder Verantwortung für grösste Rechtsbrüche enthoben.

Wie effizient diese Umdeutung eines auf politischen Entscheidungen beruhenden Phänomens zur «Naturgewalt» ist, zeigt sich am ungeheuren Machtzuwachs technokratischer Eliteverbände wie des WEF und der WHO. Die Auslöschung der individuellen Freiheit durch ein «Impfkollektiv», die Untergrabung der staatlichen Souveränität sowie eine dem Klimagötzen darzubringende kollektive Enteignung – diese Verdinglichung von Politik zum Zweck der Machtkonsolidierung einer elitären Klasse hätte Marx erschauern lassen. «Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken», heisst es in der «Deutschen Ideologie». Macht braucht Legitimation, und was gibt es Besseres, als eine totalitäre Ideologie als im Interesse aller auszugeben. Das gilt speziell für die Klima- und die Covid-Ideologie. Flankiert wird sie von einer um sich greifenden Cancel-Culture. Diese wird konsequenterweise als «Schutz vulnerabler Gruppen» ausgegeben, während bestehende Machtverhältnisse das Einzige sind, das durch Zensur geschützt wird.

### **Abschaffung der freien Meinung**

Marx' Vorstellung von Freiheit ging immer vom Individuum aus – ohne die Freiheit jedes Einzelnen kann es so etwas wie «kollektive Freiheit» nicht geben. Für Marx beruht die ideale Gesellschaft auf einer «Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist». Während Corona brachten nur konservativ-liberale Kräfte die individuelle Freiheit als politisches Anliegen überhaupt erst auf den Tisch. Marx, der Radikalindividualist, hätte sich klar gegen den totalitaristischen Kollektivismus positioniert.

Neben der Abschaffung von Gesellschaftlichkeit und freier Meinung braucht es für das Gelingen eines neuen, links-technokratischen Autoritarismus die Ausschaltung der Geschichtlichkeit. Der Kult des Kollektivismus folgt daher einer ahistorischen Nullpunkt-Logik, in der die Gesellschaft ständig zu einer Verhandlungsmasse erklärt wird, die jederzeit neu bestimmt und notfalls sogar zerstört werden kann. Dies ist Teil eines grösseren Trends, bei dem globale Eliten die Bevölkerung um ihr intellektuelles, kulturelles, politisches und historisches Erbe bringen, um selbstbestimmtes Handeln zu delegitimieren. Wie der konservative Linguist Michael Esders herausstellt, ist erst «das bindings- und geschichtslose Subjekt ein dankbares Objekt soziometrischer Erfassung, Steuerung und Kontrolle». Diese Diagnose würde Marx heute teilen, mehr noch: Für den Historiker Marx wäre eine kollektive Geschichtsvergessenheit Zeichen einer beispiellosen Gegenaufklärung. Marx, der wegen staatlicher Verfolgung 1849 aus Deutschland fliehen musste, wäre heute ein ähnliches Schicksal bestimmt. Nur wären heute nicht die Konservativen, sondern die Linken seine Verfolger.

**Elena Louisa Lange ist Philosophin und Buchautorin. Zuletzt von ihr erschienen: «The Conformist Rebellion: Marxist Critiques of the Contemporary Left»(Rowman and Littlefield, 2022).**

xxx

### **Die Letzte Generation will Berlin lahmlegen - NZZ, 18.04.2023**

Blockieren statt studieren: Die ehemalige Jurastudentin Carla Hinrichs (Dritte von links) kündigte in der St.-Thomas-Kirche in Berlin mit Anhängern der Letzten Generation längere Proteste an.

Die Klimaapostel der Letzten Generation haben zur Kirchenpredigt gerufen. In der St.-Thomas-Kirche in Berlin kündigten Mitglieder der radikalen Klimabewegung an, die Bundesregierung zunächst mit Protesten im Regierungsviertel «zum Aufbruch» bewegen zu wollen und dann **ab dem 24. April die Hauptstadt mit Blockaden «friedlich zum Stillstand zu bringen»** – auf unbestimmte Zeit.



Kritische Infrastruktur zu blockieren, ist weder friedlich noch legitim. Doch das mediale Wohlwollen und ein mild auftretender Rechtsstaat geben den Extremisten Aufwind. **Ihr Wunsch, die deutsche Hauptstadt lahmzulegen, zeugt von Grössenwahn. Die radikalen Proteste haben in der Mehrheit der Gesellschaft keinen Rückhalt.**

Ob ihnen der geplante Aufschlag gelingt, ist fraglich. Knapp 800 Personen haben sich laut der Letzten Generation für den Protest angekündigt, doch nicht alle sind bereit, die Strassen zu blockieren, geschweige denn für die Blockaden ins Gefängnis zu gehen. Wie genau sich die Klimaextremisten vorstellen, die Stadt tagelang lahmzulegen, wollen sie auch bei der Pressekonferenz nicht verraten. Nachfragen beantworten sie wahlweise betont vage oder gewohnt apokalyptisch. Es sei wichtig, die Regierung zum Handeln zu zwingen, sonst drohe der «Klimakollaps».

Die Pressekonferenz ist ein gut inszeniertes Schauspiel. Die fünf Wortführer haben sich unter der hohen Decke der Kreuzberger Kirche versammelt. Die Kirche als Ort habe in der «Geschichte des Widerstands» eine wichtige Rolle gespielt. «Ich war eine junge Frau, die Träume von der Zukunft hatte», seufzt die 26-jährige Carla Hinrichs in die Fernשמיקrofone.

Mit grösstmöglichem Pathos erzählen die Klimagesandten, dass sie eigene Lebensziele wie Kinderplanung oder Vollendung des Jurastudiums der drohenden «Klimakatastrophe» untergeordnet hätten. Nach der apokalyptischen Kundgebung ihrer Forderungen (unter anderem nach einem «Gesellschaftsrat») ist noch Zeit für Fragen und Fotos.

## Berlin als Biotop für den Klimaaufstand

Vor allzu kritischen Fragen mussten sich Hinrichs und ihre Gefolgschaft aber nicht fürchten. Handzahn fragten die anwesenden Journalisten, wie das Verhältnis zu Fridays for Future und anderen Klimagruppierungen sei und wie die Gruppe mit den zu erwartenden Anfeindungen umgehen werde. Einzelne gewichtige Fragen gab es doch. Zum Beispiel, wie sie sich dabei fühlten, Menschenleben durch die Blockaden zu gefährden. Die ehemalige Jurastudentin Hinrichs antwortete, man sei «bereit, aufzustehen und an die Seite zu gehen», sollte es einen Notfall geben. Ausserdem sei die Bildung einer Rettungsgasse immer möglich. Damit macht es sich Hinrichs zu einfach.

Nach dem Unfall einer Radfahrerin in Berlin konnte ein Spezialwagen der Feuerwehr wegen einer Strassenblockade nicht zu ihr gelangen. Die Frau starb an ihren Verletzungen. Das Ergebnis der Obduktion entlastete die radikalen Klimaschützer zwar, die Situation zeigt aber, wie gefährlich solche Aktionen sein können.

Es ist gewiss kein Zufall, dass die Radikalen nun Berlin als perfektes Biotop für den Klimaaufstand auserkoren haben. Die bayrische Stadt Passau erliess eine Allgemeinverfügung, damit ist die Polizei imstande, die Extremisten schneller von der Strasse zu lösen. In Heilbronn verurteilte eine Richterin einen Klimaradikalen zu drei Monaten Haft ohne Bewährung – das bislang härteste Urteil bundesweit.

## Justiz und Polizei sind zurückhaltend

Im dysfunktionalen Berlin haben die Extremisten jedoch gute Chancen, bei ihrem Protest nicht allzu sehr gestört zu werden. Justiz und Polizei präsentieren sich hier von der harmlosen Seite. Das mag auch daran liegen, dass die radikalen Klimaschützer von politischer Seite toleriert, manchmal auch hofiert wurden.

Man stelle sich einmal vor, eine Gruppe von Menschen, die die unkontrollierte Migration kritisiert, würde sich als Protest auf die wichtigsten Verkehrsachsen kleben. Oder die versprengten Reichsbürger würden ankündigen, die Hauptstadt stillzulegen. Die Reaktionen wären ganz andere als bei den Klimabeseelten der Letzten Generation.

Das zeigt auch der Vergleich mit Protesten gegen die staatlichen Covid-Massnahmen.

Demonstrationen von Massnahmenkritikern wurden teilweise mit brutaler Härte zerschlagen. Einspruch gegen Lockdowns und Schulschliessungen war nicht erwünscht, Kritiker wurden grossflächig diffamiert. Doch da es den Klimaextremisten um die «gute Sache» geht, geben sich viele Vertreter von Politik und Medien duldsam bis zugeneigt.

**Die Hauptstadt kann nun zeigen, ob sie den Extremisten mit Milde begegnet oder sie in die Schranken weist. Sonst droht Berlin noch lange das Biotop zu bleiben für eine radikale Minderheit, die die Mehrheit drangsaliert.**

xxx

## Unheimliche Linke

Die Gewaltbereitschaft linksextremer Gruppierungen ist enorm. Vielen Politiker scheint es egal zu sein.

Christoph Mörgeli



***Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: «Ich bin der Faschismus». Nein, er wird sagen: «Ich bin der Antifaschismus».***

***Ignazio Silone, zit. n. François Bondy***

Die Frühdiagnose und die Prävention des gewalttätigen Extremismus gehören zu den Aufgaben des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) im Verteidigungsdepartement. Regelmässig wird von dieser Amtsstelle eine Lagebeurteilung zuhanden der politischen Entscheidungsträger verlangt. Tätig werden kann der NDB aber erst bei Gruppierungen, die zur Erreichung ihrer Ziele Gewalttaten befürworten, fördern oder verüben. Eher mittelmässige Beachtung finden die jährlichen Lageberichte «Sicherheit Schweiz».

Dabei steht da Interessantes zu lesen: «Die Anzahl Gewalttaten belief sich beim Linksextremismus auf 81, beim Rechtsextremismus stieg die Anzahl mit Gewalt verbundener Ereignisse auf 3.» Einen «regelmässigen» Einsatz von Gewalt beobachten die Experten des Bundes bei der linksextremen, nicht aber bei der rechtsextremen Szene. Im Lagebericht des Vorjahres steht: «Die Anzahl Gewalttaten belief sich beim Linksextremismus auf 107, beim Rechtsextremismus wurde ein mit Gewalt verbundenes Ereignis festgestellt. [. . .] Die linksextreme Szene setzt zudem regelmässig Gewalt ein.»

***SP-Nationalrat Fabian Molina: «Der Staat ist auf dem rechten Auge blind.»***

### **«Ganz Zürich hasst die Polizei»**

Die mediale Berichterstattung wird solchen Einschätzungen der Spezialisten mitnichten gerecht. Dies bestätigt ein Blick in die Schweizer Mediendatenbank. In den letzten vier Jahren schrieben unsere Journalisten 41 237 Mal das Wort «rechtsextrem», aber nur 5781 Mal «linksextrem». Entsprechend behandeln viele Medien die Lieblingsthemen der Linksextremen so pfleglich, als wären es ihre eigenen, etwa Antikapitalismus, Antifaschismus oder die kurdische Bewegung. Dabei veranstaltet die linksextreme Szene nicht nur Demos, sondern verübt massive Sachbeschädigungen wie Farbarschläge, Einschlagen von Scheiben oder Brandstiftung.

Zunehmend kommen unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen und roheste körperliche Gewalt zum Einsatz. Jede Art von physischer Gewaltanwendung erlauben sich die Linksextremisten bei ihren Demonstrationen speziell gegen die polizeilichen Sicherheitskräfte oder gegen Personen, die sie der rechtsextremen Szene zuordnen. Der Nachrichtendienst des Bundes war während der Covid-Pandemie auch besorgt, dass die gewalttätigen Linksextremisten Personen angriffen, welche die Pandemiemassnahmen kritisierten. Und: «Die Begeisterung der gewalttätigen Linksextremistinnen und -extremisten für die kurdische Sache wird hoch bleiben.»

Dennoch klecksen die Medien das Gespenst des Rechtsextremismus in schwärzesten Farben an die Wand. Als ob deren Machtergreifung und die daran anschliessende totalitäre Diktatur unmittelbar bevorstünden. Als sich letzten Sommer eine als «Wandergruppe» getarnte Gruppe von vornehmlich deutschen Rechtsextremen in der Pfadihütte Rüti einmietete, überschlugen sich Zeitungen, Radio und TV in Empörung. Eine teilweise Besinnung setzte erst ein, als in der Nacht vom 1. auf den 2. April mehrere hundert Linksextremisten durchs Zürcher Langstrassenquartier marschierten und dabei eine Spur der Verwüstung hinterliessen. Sie zertrümmerten viele Schaufensterscheiben von Kleingewerblern, schlugen Polizeifahrzeuge kaputt und versprühten Wände ohne Zahl.

### ***Zunehmend kommen Spreng- und Brandvorrichtungen und roheste körperliche Gewalt zum Einsatz.***

Auf die Polizisten warf der entfesselte Mob Flaschen, Steine und Molotowcocktails, ging mit Eisenstangen auf sie los und verletzte sieben Ordnungshüter – es hätte ohne weiteres zu Todesopfern kommen können. Die Medienmitteilung der Stadtpolizei Zürich zeigt das Mass der Brutalität: «Ein Polizist wurde in einen Hauseingang gedrängt, von rund einem halben Dutzend Personen zu Boden geworfen und mit Fäusten und Fusstritten gegen den Kopf und den Körper traktiert.» Minutenlang skandierte die Menge: «Ganz Zürich hasst die Polizei». Und auf Hausmauern las man Parolen wie «Kill cops». Doch was titelte danach der *Tages-Anzeiger*? «Polizeieinsatz wirft Fragen auf».

Mit unschöner Regelmässigkeit widersetzte sich auch die politische Linke im Zürcher Stadtparlament einer eindeutigen Verurteilung. SP-Fraktionschef Davy Graf machte sich vielmehr über «selbsternannte Sicherheitsexperten» unter den bürgerlichen Politikern lustig, die besser zuerst eine «Analyse der Ereignisse» abwarten sollten. Der Grünen-Sprecher Luca Maggi warb sogar offen um Verständnis für die Gewalttäter: «Wenn Hunderte ihrer Wut Raum schaffen, sollten wir diese Zeichen ernst nehmen.» Mehr Repression sei eher schädlich, als dass sie nütze.

Der Votant der Alternativen Liste (AL), Mischa Schiwow, prügelte verbal ebenfalls auf die Ordnungskräfte ein: «Der Polizeieinsatz war keineswegs deeskalierend. Im Gegenteil, die Stimmung wurde noch aufgeheizt.» Schuld an den Vorgängen trage die Stadt, die Wohnraum und nichtkommerzielle kulturelle Freiräume vernichte: «Die AL ist nicht bereit, die Geschehnisse allein mit der Gewaltbereitschaft von linksextremen Chaoten zu erklären.»

### **Absoluter Widerstand**

Björn Resener vom Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich antwortete der *NZZ* im Hinblick auf die 1.-Mai-Feier auf die Frage, warum er sich nicht vom gewaltbereiten «schwarzen Block» distanzieren:

«Welcher schwarze Block? Ich will diesen negativ konnotierten Begriff nicht verwenden, weil es diese Organisation in dem Sinne nicht gibt.» Es sei ohnehin während des Umzugs nicht feststellbar, wer nun linksextrem sei und wer nicht. Die linke Wochenzeitung *P.S.* heulte nach einem parlamentarischen Vorstoss der SVP im Stadtparlament entsetzt auf und bejammerte dessen «verbale Gewalt».

Schon im Februar hatte es in Zürich anlässlich einer unbewilligten Demonstration der Hausbesetzerszene eine Krawallnacht mit schweren Verwüstungen abgesetzt. Und ein Jahr zuvor hatten linksextreme Kreise zu einer Demonstration gegen Covid-Massnahmen-Kritiker aufgerufen. An die Spitze dieser «antifaschistischen» Manifestation mit schweren Gewalttaten gegen Polizisten und erheblichen Sachbeschädigungen setzte sich SP-Nationalrat Fabian Molina, der auf Instagram stolz mit Victoryzeichen posierte: «Züri stabil nazifrei». In der Zeitung *20 Minuten* verlangte Molina absoluten Widerstand gegen die extreme Rechte unter den Gegnern der Covid-Massnahmen: «Wer Proteste gegen faschistische Aufmärsche mit diesen gleichsetzt, verharmlost die nazistische Ideologie und hat nicht verstanden, welche Gefahr von ihr ausgeht.» Diese verbrecherische Ideologie sei eine Gefahr für die Demokratie, so Molina. «Es ist deshalb die Pflicht aller Menschen, sich zu wehren, wenn Faschisten sich breitmachen wollen.»

Die Sendung «SRF News» des Schweizer Fernsehens vermeldete im Untertitel zu Aufnahmen, welche linksextreme Krawallanten zeigten: Es sei eine «grössere, gewaltbereite Gruppe aus der rechten Szene» polizeilich abgeführt worden. Die Demonstranten durchbrachen Polizeisperren, bedrohten Polizisten, griffen sie tätlich an und verletzten drei von ihnen. Später titelten Mitglieder von «Antifa» und «Revolutionärer Jugend» in den sozialen Medien stolz: «*Zäme hebe, zäme stah. Bulle, Bonze, Nazis schlah.*»

**Grünen-Sprecher Luca Maggi: «Wenn Hunderte ihrer Wut Raum schaffen, sollten wir die Zeichen ernst nehmen.»**

Nachdem an jenem Februarwochenende 2022 vermummte Demonstranten vor dem Zunfthaus zur Zimmerleuten Tische und Stühle auf die Strasse geworfen und ahnungslose Touristen enorm erschreckt hatten, twitterte Ronja Jansen, Präsidentin der Schweizer Jungsozialisten: «Weil jeder Fussbreit für Faschos ein Schritt zur Normalisierung ihres gefährlichen Gedankengutes ist. Danke an alle Antifaschist\*innen, die heute ein starkes Zeichen gesetzt haben!» Gegenüber *20 Minuten* verdeutlichte Jansen ihre Meinung nach einer eher mechanisch vorgetragenen Verurteilung «jeglicher Art» von Gewalt: «Doch ich bin froh, dass es Menschen gab, die uns vor den gewalttätigen Neonazis geschützt haben, die am Hauptbahnhof in die friedliche Menge gerannt sind.» Die Verbreitung der Ideologie der Neonazis sei für die Gesellschaft ein wesentlich grösseres Problem als Sachbeschädigungen.

### **Kurse gegen Rechtsextremismus**

Die rot-grüne Mehrheit des Stadtzürcher Parlaments hat denn auch entschieden, städtische Angestellte in verpflichtende Weiterbildungskurse zum Thema Rechtsextremismus zu schicken. Denn Neonazis seien nicht mehr so leicht wie früher zu erkennen. Als die SVP eine Strategie gegen den «gut vernetzten und äusserst aktiven Linksextremismus» verlangte, prallte dieses Anliegen am Bollwerk der linken Mehrheit ab. Moritz Bögli von den Alternativen verneinte die Gleichwertigkeit von «Linksradikalen und Faschos». Das hierzulande herrschende «repressive System» unterdrücke alles, was sich dem «kapitalistischen Dogma» entziehe und nichts als «legitime Forderungen» stelle.

Im Rahmen eines Jubelporträts begleitete der *Tages-Anzeiger* SP-Nationalrat Fabian Molina an eine «Podiumsdiskussion über Rechtsextremismus in der Schweiz». Dazu behauptete der Fachverein Polito der Universität Zürich als Veranstalter: «In der Schweiz und in den Nachbarländern sind rechtsextreme Bewegungen im Aufschwung.» Molina kam «unvorbereitet», wusste aber umso mehr bestens Bescheid: «Der Staat ist auf dem rechten Auge blind.» In Wahrheit hat beispielsweise der Schweizerische Nationalfonds mit mehreren Millionen Franken Steuergeld das Projekt «Rechtsextremismus – Strategien und Gegenmassnahmen» gefördert. Eine ähnliche Studie über den Linksextremismus existiert bis heute nicht.

Umso überzeugter ist Fabian Molina von der überall lauernenden Gefahr von rechts. Sogar an der Chilbi im Dorf Illnau habe er «Nazis» gesehen. Wenige Tage nach diesem Podium kam es zur Gewaltexplosion von fast tausend Linksextremisten im Langstrassenquartier. Doch was tut der angeblich rechtsäugig blinde Staat? In Zürich soll es künftig keine Bussen für die Teilnahme an illegalen Demonstrationen mehr geben. Und die bisherige Bewilligungspflicht für Manifestationen soll durch eine einfache Meldepflicht ersetzt werden.

xxx

## Zehn Fakten zur Migration, die viele Bürger zu Recht beunruhigen

Von Gabor Steingart, 19.04.2023

Paul Zinken/dpa Laut Nancy Faeser ist Deutschland auch im vergangenen Jahr wieder Hauptzielland in Europa gewesen.

Tokio, Washington, Kiew. Die Spielorte der großen Weltpolitik wechseln, aber ein Zentralthema der Wähler bleibt im heimischen Biotop verwurzelt: die Zuwanderung. Die neueren Migrationswellen besorgen und verändern das Land – auch politisch.

Gegenüber der Bundestagswahl 2021 misst Prof. Manfred Güllner von Forsa eine tektonische Verschiebung: Die Union käme derzeit auf 30 Prozent der abgegebenen Stimmen, bei der Bundestagswahl 2021 waren es noch 24 Prozent, also ein Plus von 25 Prozent. Die AfD erreicht inzwischen 14 Prozent, 36 Prozent mehr als die 10,3 Prozent im Wahljahr 2021.

Und: Es seien im Falle [der AfD](#) keineswegs, wie oft behauptet, die Abgehängten der Gesellschaft, sondern, so sagt Güllner, die rechten Ränder aller Parteien, die so nach und nach in Richtung der AfD driften.

### The Pioneer

Im Fall [der CDU](#) kann man die Prioritätensetzung der Mitglieder exakt bestimmen, die sich spürbar von der Prioritätensetzung der Medien unterscheidet. In einer Mitgliederbefragung, an der sich knapp 70.000 CDU-Mitglieder in Deutschland beteiligten, wurde jetzt festgestellt, dass nicht Klimaschutz und Friedenssicherung die Agenda dominieren, sondern die klassischen Themen der Innenpolitik:

- Die Regierung müsse für mehr innere Sicherheit sorgen. Das ist 83,8 Prozent besonders wichtig.
- Die Zuwanderung neu regeln und steuern, das fordern 73 Prozent.
- 83,6 Prozent sind der Meinung, die Regierung müsse „Asylsuchende, deren Asylantrag abgelehnt wurde, konsequenter zurückführen.“

Hintergrund dieser Prioritäten sind nicht Hirngespinnste der Bevölkerung, sondern Entwicklungen, die in der Tat beunruhigend sind und die sich statistisch belegen lassen. Sie dominieren zwar nicht die Zeitungen, wohl aber vielerorts die Gespräche am Küchentisch. Hier also die zehn Fakten, die zum Unwohlsein bürgerlicher Wählerschichten beitragen:

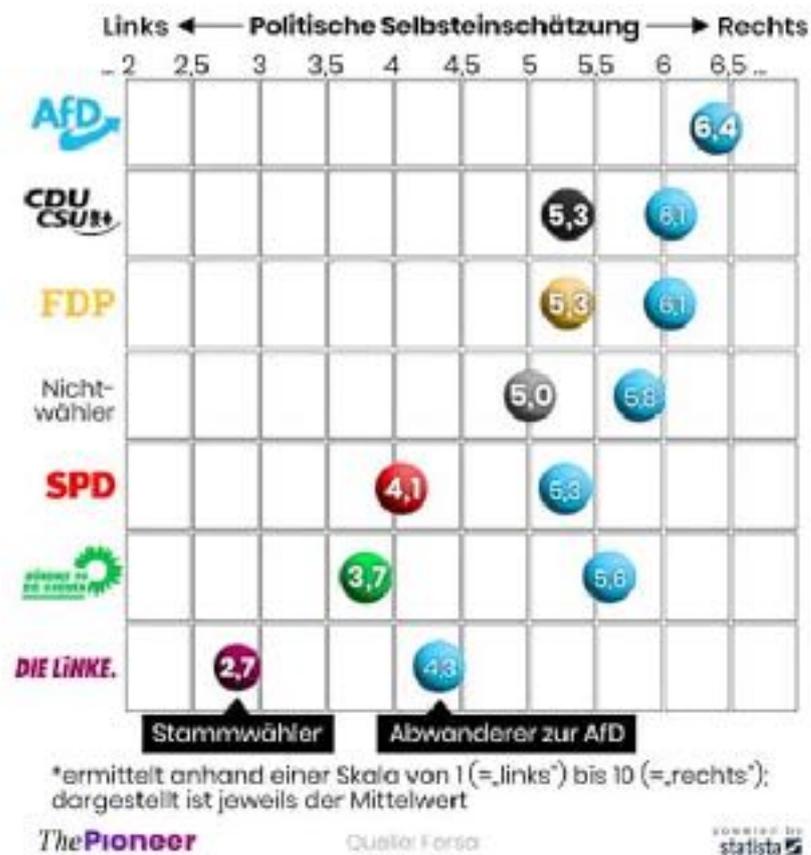
### 1. Fluchtwellen haben spürbar zugenommen

Die Migration hat durch den Ukraine-Krieg und neue Fluchtwellen aus dem Nahen Osten und Afrika spürbar zugenommen. Das Jahr der großen Migrationsdebatte in Deutschland war 2015 mit seinen



## Der rechte Rand bewegt sich

Politische Selbsteinschätzung\* der Stammwähler der Bundestagsparteien und deren Abwanderer zur AfD



damals 1,125 Millionen Neuankömmlingen. Doch diese Zahl war bereits Anfang September 2022 übertroffen. Bis dahin waren 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen – rund eine Million aus der Ukraine. Die übrigen Neuankömmlinge kamen aus dem Libanon, Syrien oder Afghanistan.

## 2. Menschen aus Syrien haben die meisten Asylanträge gestellt

In 2022 wurden insgesamt 244.132 Asylanträge gestellt, die meisten davon kamen aus Syrien. Flüchtlinge aus der Ukraine, die den Löwenanteil aller Neuankömmlinge bilden, müssen keine Asylanträge stellen.

## 3. Immer mehr Gemeinden am Limit

Viele Gemeinden und kleinere Städte sind finanziell, aber auch räumlich an der Obergrenze ihrer Belastung angekommen. In einem offiziellen Verfahren melden sie ihren Landesregierungen per „Überlastungsanzeige“, dass die Ressourcen erschöpft sind. Die Zahlen dieser Überlastungsanzeigen häufen sich, meldete jetzt der Ministerpräsident eines großen Landes nach Berlin.

## 4. Der deutsche Sozialstaat zeigt sich großzügig

Die Großzügigkeit des deutschen Sozialstaates wirkt international wie ein Lockmittel auf Fluchtwillige. Sie ist nicht die Fluchtursache, aber sie schafft einen materiellen Fluchtanreiz. In der Schweiz sei man dazu übergegangen, die Flüchtlinge nicht mehr zu erfassen, sondern ihnen den Weg nach Deutschland zu zeigen, berichtet der Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“ in einer kleinen Runde. Der Hintergrund: Die Schweiz ist zwar reicher als die Bundesrepublik, aber sie bietet den Flüchtlingen materiell weniger Stimulus.

## 5. In Europa regiert der reinste Egoismus

Da Deutschland keine EU-Außengrenzen besitzt, ist es auf die Zuwanderungspolitik der Mitgliedstaaten angewiesen. Die aber wollen sich mit Deutschland auf nichts einigen und winken – siehe Schweiz – die Neuankömmlinge fleißig durch. Somit trägt der deutsche Sozialstaat auch zur Entlastung unserer europäischen Nachbarstaaten bei. Es regiert der reinste Egoismus.

## 6. Bürgergeld ab Tag 1 für ukrainische Flüchtlinge

Das neue Bürgergeld in Deutschland, das einer vierköpfigen Familie mit zwei Kindern, acht und 14 Jahre alt, ein Einkommen (1.670 Euro plus 770 Warmmiete) von 2440 Euro garantiert, steht für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ab dem ersten Tag ihrer Ankunft zur Verfügung. Der graue Kriegsalltag in der Ukraine mit seinen wirtschaftlichen Folgen kann da nicht mithalten.

## 7. Ukrainer haben direkten Zugang zum Arbeitsmarkt - und den Sozialleistungen

Die von der EU 2001 beschlossene und im März 2022 erstmals aktivierte sogenannte Massenzustrom-Richtlinie sieht vor, dass Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schnell und unkompliziert mit einheitlichem Schutzstatus aufzunehmen sind. Es gibt für sie kein Asylverfahren und stattdessen einen direkten Zugang zum Arbeitsmarkt und eben auch zu den landesüblichen Sozialleistungen.

## Erstanträge: Tendenz steigend

Anzahl der Erstanträge auf Asyl in Deutschland seit März 2018, in Tausend



## 8. Deutsches Bürgergeld doppelt so hoch wie Durchschnittslöhne in Ägypten

Alle anderen Flüchtlinge haben spätestens mit der Anerkennung ihres Asylantrags ebenfalls Anrecht auf diese Sozialleistung. In diesem Jahr sind es bereits 34.900 neue anerkannte Asylbewerber, die nun Zugang zum deutschen Bürgergeld haben. Dieses Geld – der Regelsatz beträgt seit diesem Jahr 502 Euro – entspricht dem Doppelten der Durchschnittslöhne in Ägypten, Vietnam und dem Iran.

## 9. Babylonische Sprachverwirrung an deutschen Grundschulen

Insbesondere in den Grundschulen herrscht babylonische Sprachverwirrung. In vielen Schulklassen, berichtet der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst, sei der Anteil der deutschsprachigen Kinder unter 50 Prozent gesunken. Deshalb hat er noch für dieses Jahr ein Sofortprogramm zur Sprachförderung dieser Kinder in Höhe von 900 Millionen freigezeichnet. Da der Sprachunterricht erst organisiert werden müsse und die Zuwanderung weiter anhalte, fügt er allerdings hinzu: „Das war billig. Im nächsten Jahr wird's teurer.“

## 10. Fehlende Integration in die Arbeitsgesellschaft

Die innere Sicherheit in Deutschland bleibt von diesen massiven

Migrationsbewegungen und einer fehlenden Integration in die Arbeitsgesellschaft und oft auch einer fehlenden psychologischen Betreuung der Zufluchtsuchenden nicht unberührt. Der Anteil nicht deutscher Tatverdächtiger bei Straftaten in Deutschland hat sich von 2011 bis 2022 um 60 Prozent auf nunmehr 37,4 Prozent gesteigert. Diese Zahl sagt nichts über die aktuell Geflüchteten. Aber sie sagt viel über die Stimmung im Lande.

## Bürgergeld: Lohnt sich Arbeiten noch?

Beispielrechnung\* einer Familie mit einem Verdienst zu Mindestlohn im Vergleich zu einer Familie mit Bürgergeld, in Euro pro Monat



\* Die Rechnung berücksichtigt gesetzliche Änderung beim Grundfreibetrag, Kindergeld und Wohngeld. Bürgergeld Empfänger sind in der gesetzlichen Krankenkasse (und Pflegekasse) pflichtversichert. Die Beiträge werden vom Staat getragen. Eine Familienversicherung geht vor.

ThePioneer

Quelle: DGB

statista

**Fazit:** Der sozialliberale Teil der Ampelkoalition wäre gut beraten, die neueren Migrationswellen nicht zu ignorieren oder durch Kirchentagsrhetorik zu romantisieren. Die Motive, die letztlich zur Demission von Christine Lambrecht und zur Berufung von Boris Pistorius als Verteidigungsminister führten, gelten auch für das Innenministerium. Nancy Faeser ist die falsche Frau am falschen Ort zur falschen Zeit. Gesucht wird ein zweiter Pistorius oder ein neuer Otto Schily. In Fragen der Inneren Sicherheit braucht gerade ein SPD-Kanzler kein Blumenkind, sondern einen Sheriff.

### Zur Person

**Gabor Steingart zählt zu den bekanntesten Journalisten des Landes. Er gibt den Newsletter „The Pioneer Briefing“ heraus. Der gleichnamige Podcast ist Deutschlands führender Daily Podcast für Politik und Wirtschaft. Seit Mai 2020 arbeitet Steingart mit seiner Redaktion auf dem Schiff "The Pioneer One". Vor der Gründung von Media Pioneer war Steingart unter anderem Vorsitzender der Geschäftsführung der Handelsblatt Media Group.**

## Ukraine: Die Flüchtlingswelle

Anzahl der registrierten Kriegsflüchtlinge im Ausländerzentralregister, jeweils zum Monatsende

